Bundesgesetzblatt

1289

Teil I

G 5702

2008 **Ausgegeben zu Bonn am 25. Juli 2008** **Nr. 30**

Tag	Inhalt	Seite
18. 7.2008	**Gesetz zur Änderung des Bevölkerungsstatistikgesetzes** . . . . . FNA: 29-3 GESTA: B065	1290
14. 7.2008	Verordnung über Finanzrückversicherungsverträge und Verträge ohne hinreichenden Risikotransfer (Finanzrückversicherungsverordnung – FinRVV) . . . . . FNA: neu: 7631-1-42	1291
14. 7.2008	Fünfte Verordnung zur Änderung der Tabakverordnung . . . . . FNA: 2125-40-18	1295
15. 7.2008	Erste Verordnung zur Änderung der Seeanlagenverordnung . . . . . FNA: 9510-1-17	1296
18. 7.2008	Fünfzehnte Verordnung zur Anpassung des Bemessungsbetrages und von Geldleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Fünfzehnte KOV-Anpassungsverordnung 2008 – 15. KOV-AnpV 2008) . . . . . FNA: 830-2	1300
18. 7.2008	Einundvierzigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz . . . . . FNA: neu: 830-2-9-41; 830-2-9-40	1302
18. 7.2008	Zweiundzwanzigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet . . . . . FNA: neu: 830-2-18-22; 830-2-18-21	1312
21. 7.2008	Erste Verordnung zur Änderung der Kriminal-Laufbahnverordnung . . . . . FNA: 2030-6-23	1322
21. 7.2008	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Laufbahn, Ausbildung und Prüfung für den höheren Kriminaldienst des Bundes . . . . . FNA: 2030-6-19	1324
21. 7.2008	Erste Verordnung zur Änderung der Mauthöheverordnung (1. ÄndVMautHV) . . . . . FNA: 9290-13-1	1327
21. 7.2008	Zweite Verordnung zur Änderung der Chemikalien-Verbotsverordnung . . . . . FNA: 8053-6-20	1328
18. 7.2008	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (zu § 85 Abs. 4 Satz 2 des Beamtenversorgungsgesetzes) . . . . . FNA: 1104-5, 2030-25	1330

Hinweis auf andere Verkündungsblätter

Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 18	1331
Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften	1332
Verkündungen im Bundesanzeiger	1336

Gesetz zur Änderung des Bevölkerungsstatistikgesetzes

Vom 18. Juli 2008

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

In § 4 des Bevölkerungsstatistikgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 308), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2526) geändert worden ist, werden nach Nummer 3 der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Nummern 4 und 5 angefügt:

„4. Geburtsort und Geburtsstaat,

5. bei Zuzug aus dem Ausland: Datum des dem Zuzug vorangegangenen Fortzugs vom Inland ins Ausland.“

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2008 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 18. Juli 2008

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Innern
Schäuble

Verordnung über Finanzrückversicherungsverträge und Verträge ohne hinreichenden Risikotransfer (Finanzrückversicherungsverordnung – FinRVV)

Vom 14. Juli 2008

Auf Grund des § 121e Abs. 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes, der durch Artikel 1 Nr. 46 des Gesetzes vom 28. Mai 2007 (BGBl. I S. 923) neu gefasst worden ist, verordnet das Bundesministerium der Finanzen:

§ 1
Anwendungsbereich

Diese Verordnung ist auf Versicherungsunternehmen mit Sitz im Inland und auf Niederlassungen von Erst- und Rückversicherungsunternehmen eines Drittstaates im Sinne von § 105 Abs. 1 und § 121i Abs. 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes anzuwenden. Auf Pensionsfonds sind die Vorschriften dieser Verordnung entsprechend anzuwenden. Kleinere Vereine im Sinne des § 53 Abs. 1 Satz 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes sind von der Anwendung der Verordnung ausgenommen.

§ 2
Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieser Verordnung ist

1. der Verlust des Rückversicherers die Differenz der Barwerte der Zahlungsströme zwischen Vorversicherer und Rückversicherer unter einem Rückversicherungsvertrag, sofern diese für den Rückversicherer negativ ist. Bei der Berechnung der Differenz ist der Barwert der Schadenzahlungen, Rückversicherungsprovisionen beziehungsweise Kostenerstattungen und sonstigen Zahlungen, die der Rückversicherer an den Vorversicherer auf Grund des Vertrages zu leisten hat, vom Barwert der an den Rückversicherer zu leistenden Beiträge und sonstigen Leistungen in Abzug zu bringen. Zahlungsströme, die der Begleichung von Kosten dienen, die den Vertragsparteien durch Zahlungen an Dritte, die nicht Vertragspartei sind, entstehen, bleiben bei der Ermittlung der Barwerte ebenso außer Betracht wie die Verwaltungskosten des Rückversicherers. Dies gilt insbesondere auch für Zahlungen, die der Rückversicherer aus Leistungen des Vorversicherers, insbesondere aus den Rückversicherungsbeiträgen, finanziert. Die Rückversicherungsbeiträge sind daher entsprechend anteilig zu kürzen. Soweit die Kosten dem Unternehmen der Höhe nach nicht bekannt sind, sind diese gewissenhaft zu schätzen;
2. der erwartete Verlust des Rückversicherers die Summe der mit den jeweiligen Eintrittswahrscheinlichkeiten gewichteten möglichen Verluste im Sinne von Nummer 1 unter einem Rückversicherungsvertrag;
3. der erwartete Beitrag die Summe der mit den jeweiligen Eintrittswahrscheinlichkeiten gewichteten erwarteten Barwerte der an den Rückversicherer zu leistenden Beiträge und sonstigen Leistungen im Sinne von Nummer 1 unter einem Rückversicherungsvertrag.

(2) Das übernommene wirtschaftliche Gesamtrisiko gemäß § 121e Abs. 1 Satz 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes ist das Risiko, dass für den Rückversicherer ein Verlust im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 entsteht.

(3) Das versicherungstechnische Risiko gemäß § 121e Abs. 1 Satz 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes ist das Risiko, dass für den Rückversicherer ohne Berücksichtigung des Zeitpunktrisikos ein Verlust im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 entsteht.

(4) Das Risiko hinsichtlich der Abwicklungsdauer (Zeitpunktrisiko) gemäß § 121e Abs. 1 Satz 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes ist das Risiko, dass sich die für das versicherungstechnische Risiko maßgeblichen Zahlungsströme hinsichtlich der Abwicklungsgeschwindigkeit einschließlich des Zeitpunkts der Rückversicherungsleistung anders als vom Rückversicherer angenommen und für diesen unter Berücksichtigung des Zeitwerts des Geldes wirtschaftlich nachteilig entwickeln.

§ 3
Unternehmensinterne Kriterien für Finanzrückversicherungsverträge

Die Versicherungsunternehmen haben geeignete Kriterien zu entwickeln, nach denen sie zusätzlich zu den gesetzlichen Kriterien Rückversicherungsverträge als Finanzrückversicherungsverträge einordnen. Die Kriterien müssen sich in die internen Prozesse des Unternehmens einfügen und so beschaffen sein, dass eine einheitliche Anwendung im Unternehmen gewährleistet ist. Im Falle von Versicherungsunternehmen im Sinne des § 1, die entweder nach § 104a Abs. 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes einer zusätzlichen Aufsicht unterliegen oder nach § 104b Abs. 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes bei der zusätzlichen Aufsicht berücksichtigt werden, sollen sich die Kriterien auch in die gruppenbezogenen internen Prozesse einfügen und eine gruppenweit einheitliche Anwendung ermöglichen. Die Aufsichtsbehörde kann die Anwendung anderer oder zusätzlicher Kriterien anordnen, wenn die vom Unternehmen verwendeten Kriterien nicht geeignet sind, Rückversicherungsverträge zu identifizieren, die die Merkmale des § 121e Abs. 1 Satz 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes erfüllen.

§ 4

Allgemeine Anforderungen an den hinreichenden Risikotransfer

(1) Der hinreichende Risikotransfer eines Finanzrückversicherungsvertrages ist durch eine Risikoprüfung (Risikotransfertest) zu belegen, soweit der Vertrag nicht für beide Vertragsparteien eine nur unwesentliche wirtschaftliche Bedeutung hat. Im Rahmen des Risikotransfertests sind Verträge, die eine wirtschaftliche Verbindung zu anderen Verträgen zwischen denselben Vertragsparteien besitzen, als wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Die Gründe, die zu der Einschätzung geführt haben, dass eine nur unwesentliche Bedeutung vorliegt, sowie das Ergebnis der Prüfung, ob eine wirtschaftliche Verbindung zu anderen Verträgen besteht, sind von der jeweiligen Vertragspartei zu dokumentieren.

(2) Sind Risiken aus der Nichtlebensversicherung mit Ausnahme der in Absatz 4 genannten Risiken Vertragsgegenstand, liegt ein hinreichender Risikotransfer dann vor, wenn der Rückversicherer durch eine Übernahme von versicherungstechnischem Risiko und von Zeitpunktrisiko mit einer Mindestwahrscheinlichkeit einen nicht unerheblichen Verlust erleiden wird. Dies ist in zwei Schritten zu ermitteln:

1. Der absolute Betrag des erwarteten Verlusts muss sich für den Rückversicherer auf mindestens 1 vom Hundert des erwarteten Beitrags belaufen;
2. liegt der ermittelte Wert unterhalb der in Nummer 1 genannten Schwelle, ist ein hinreichender Risikotransfer regelmäßig dann anzunehmen, wenn zum einen der rückversicherte Anteil den Originalbedingungen des Vorversicherers folgt oder diese für den Rückversicherer nachteilig verändert werden und wenn die Originalbedingungen zum anderen einen versicherungstechnischen Risikotransfer beinhalten.

Ein hinreichender Risikotransfer im Sinne von Satz 2 Nr. 2 liegt insbesondere dann nicht vor, wenn der rückversicherte Anteil die Originalbedingungen so verändert, dass ein Verlust des Rückversicherers während der Vertragslaufzeit in keinem Fall eintreten kann, oder wenn der Vorversicherer auf Grund des Rückversicherungsvertrages verpflichtet ist, einen eventuell auftretenden Verlust des Rückversicherers vollständig auszugleichen.

(3) Sind Risiken aus der Lebensversicherung Vertragsgegenstand, liegt hinreichender Risikotransfer vor, wenn

1. der Rückversicherer im Rahmen einer realistischen Betrachtung durch eine Übertragung von versicherungstechnischem Risiko und von Zeitpunktrisiko über die Gesamtlaufzeit des Vertrages mit einer Mindestwahrscheinlichkeit einen nicht unerheblichen Verlust erleiden wird,
2. der Rückversicherer vom Vorversicherer Geschäft übernimmt, das nach den im Herkunftsstaat des Vorversicherers geltenden Vorschriften als Versicherungsgeschäft anerkannt ist, und
3. sämtliche Forderungen und Verbindlichkeiten des Vorversicherers und des Rückversicherers sowie alle aus einer Verrechnung herrührenden Salden aus dem Vertrag in einem sachlichen Zusammenhang mit dem Verlauf des zugrunde liegenden Versicherungsgeschäfts stehen.

Das Kriterium des Satzes 1 Nr. 1 ist insbesondere dann erfüllt, wenn der rückversicherte Anteil den Originalbedingungen des Vorversicherers folgt oder diese für den Rückversicherer nachteilig verändert. Ein sachlicher Zusammenhang im Sinne des Satzes 1 Nr. 3 ist vor allem dann anzunehmen, wenn etwaige Verpflichtungen des Vorversicherers mit dem Risikotransfer nicht nur willkürlich verbunden sind und wenn der Rückversicherer aus dem Vertrag keinen unabdingbaren Rückzahlungsanspruch, sondern nur die Chance auf künftige Risiko-, Zins- und Kostengewinne erhält. Alle Verpflichtungen der Vertragspartner unter dem Vertrag sind unabhängig davon, ob ein solcher sachlicher Zusammenhang besteht, in die Ermittlung des Risikotransfers einzubeziehen; jedoch dürfen Vertragsstrafen für den Fall einer außerordentlichen Beendigung des Vertrages bei dem Risikotransfertest nicht berücksichtigt werden. Ist eine der in Satz 1 Nr. 2 und 3 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt, liegt nur dann ein hinreichender Risikotransfer vor, wenn das Unternehmen diesen mit Hilfe nachprüfbarer Berechnungen auf der Grundlage geeigneter realistischer Szenarien nachweist und dokumentiert. Absatz 2 Satz 3 gilt für die Risiken aus der Lebensversicherung entsprechend. Zusatzrisiken zur Lebensversicherung im Sinne von § 6 Abs. 4 des Versicherungsaufsichtsgesetzes sind in die Ermittlung des Risikotransfers unter dem Lebensrückversicherungsvertrag einzubeziehen.

(4) Sind Risiken aus der Krankenversicherung, die nach Art der Lebensversicherung betrieben wird, Vertragsgegenstand, ist Absatz 3 entsprechend anzuwenden.

(5) Sind sowohl Risiken aus dem Bereich der Lebensversicherung oder der Krankenversicherung im Sinne des Absatzes 4 als auch Risiken aus dem Bereich der Nichtlebensversicherung mit Ausnahme der Krankenversicherung im Sinne des Absatzes 4 Vertragsgegenstand, sind die Absätze 2 und 3 jeweils auf den auf ihren Anwendungsbereich entfallenden Teil der Risiken anzuwenden, soweit eine eindeutige Trennung möglich ist. Die Prüfung und Feststellung, ob ein hinreichender Risikotransfer vorliegt, erfolgt in diesem Fall für beide Teile gesondert. Kommt es dabei für beide Teile zu unterschiedlichen Feststellungen darüber, ob der Risikotransfer hinreichend ist, sind beide Teile des Vertrages insoweit wie unterschiedliche Verträge zu behandeln. Kommt dabei entweder den Risiken nach Absatz 2 oder den Risiken nach Absatz 3, auch in Verbindung mit Absatz 4, eine im Verhältnis zu dem anderen Teil der Risiken nur unwesentliche Bedeutung zu, richtet sich die Feststellung des hinreichenden Risikotransfers unter dem Vertrag allein nach dem anderen Teil. In allen anderen Fällen richtet sich die Prüfung des hinreichenden Risikotransfers nach Absatz 3.

§ 5

Durchführung des Risikotransfertests

(1) Ein nach § 4 Abs. 1 erforderlicher Risikotransfertest ist zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses sowie anlässlich und zum Zeitpunkt jeder nachfolgenden Änderung des Vertragsinhalts, soweit diese den Risiko-

transfer beeinflussen kann, durchzuführen. Der Risikotransfertest ist schriftlich oder mittels elektronischer Speichermedien, die nachträgliche Veränderungen erkennen lassen, so zu dokumentieren, dass die Art und der gemessene Umfang des Risikotransfers für einen sachverständigen Dritten nachvollziehbar sind. Dies umfasst auch die dem Risikotransfertest zugrunde liegenden Daten, Schätzungen und Szenarien.

(2) Soweit sich die Prüfung des Risikotransfers nach § 4 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1, auch in Verbindung mit § 4 Abs. 5, richtet, ist der hinreichende Risikotransfer für einen Rückversicherungsvertrag grundsätzlich anhand des erwarteten Verlusts nachzuweisen. Sofern im Rahmen einer Bilanzierung nach internationalen Rechnungslegungsstandards im Sinne des Artikels 2 der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (ABl. EG Nr. L 243 S. 1) eine Prüfung des Risikotransfers mittels anderer geeigneter quantitativer Verfahren durchgeführt und hierbei ein hinreichender Risikotransfer im Sinne dieser Standards festgestellt wird, gilt der hinreichende Risikotransfer abweichend von Satz 1 als nachgewiesen, wenn sowohl versicherungstechnisches als auch Zeitpunktrisiko übertragen werden.

(3) Für die Berechnung des erwarteten Verlusts und des erwarteten Beitrags sind die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses angemessenen Rechnungsgrundlagen zu verwenden. Für die Barwertberechnung sind zu diesem Zeitpunkt geeignete währungskongruente Zinssätze für risikofreie Kapitalanlagen anzuwenden, die sich an der Laufzeit der zugrunde gelegten Zahlungsströme orientieren müssen.

(4) Sofern sich der erwartete Verlust oder der erwartete Beitrag mangels ausreichender oder verlässlicher auf Erfahrungsbasis beruhender Daten nicht berechnen lassen, ist der Risikotransfertest anhand von Schätzungen und auf der Grundlage geeigneter realistischer Szenarien durchzuführen.

§ 6

Mindestbestimmungen in Finanzrückversicherungsverträgen

(1) Das Versicherungsunternehmen hat eine Bestimmung in den Vertrag aufzunehmen, wonach

1. keine mündlichen Vereinbarungen bestehen, die auf den Vertragsinhalt sowie auf Art oder Umfang des Risikotransfers Einfluss haben können, und
2. alle schriftlichen Vereinbarungen körperlich oder, im Falle einer ausschließlich elektronischen Bestandsverwaltung, datentechnisch mit dem Vertragsdokument verbunden oder diesem als Anlage beigefügt sind oder durch eine ausdrückliche Verweisung im Vertrag kenntlich gemacht sind; für den Fall einer elektronischen Bestandsverwaltung muss vereinbart werden, dass nachträgliche Veränderungen erkennbar sind.

Die Bestimmung hat ferner vorzusehen, dass Nachträge nur schriftlich erfolgen und dass diese körperlich oder, im Falle einer ausschließlich elektronischen Bestandsverwaltung, datentechnisch mit dem Vertragsdokument zu verbinden, diesem als Anlage beizufügen oder durch einen Hinweis im Vertrag ausdrücklich zu kennzeichnen sind.

(2) Ist der Vertrag wirtschaftlich mit einem anderen bereits bestehenden Vertrag mit dem Vertragspartner oder einem mit diesem in einer engen Verbindung stehenden Unternehmen verbunden, ist in geeigneter Weise auf den anderen Vertrag hinzuweisen. Eine wirtschaftliche Verbindung mit einem anderen Vertrag ist insbesondere dann anzunehmen, wenn der Vertrag die Wirkungsweise des anderen Vertrages gezielt steuert oder verändert.

(3) Soweit eine oder mehrere der in Absatz 1 genannten Mindestbestimmungen in Widerspruch zu zwingenden rechtlichen Vorschriften des Herkunftsstaates des Vertragspartners stehen, findet Absatz 1 insoweit keine Anwendung, als ein Verstoß gegen diese Vorschriften droht. Das Versicherungsunternehmen hat in diesem Fall gesondert zu dokumentieren, wie es die Einhaltung der in Absatz 1 genannten Inhalte der Mindestbestimmung sicherstellt; § 7 bleibt unberührt.

§ 7

Interne Verwaltungs- und Rechnungslegungsverfahren

(1) Das Versicherungsunternehmen hat im Rahmen des internen Kontrollsystems geeignete Verfahren festzulegen, die eine Risikoidentifikation, -analyse, -bewertung, -steuerung und -überwachung der auf der Risikostrategie basierenden Prozesse zum Abschluss von Finanzrückversicherungsverträgen und von Verträgen ohne hinreichenden Risikotransfer sicherstellen. Dies umfasst auch die Überwachung der Einhaltung rechtlicher Rahmenbedingungen, insbesondere einer angemessenen Rechnungslegung und einer zutreffenden Datierung dieser Verträge. Die entsprechenden Verfahren müssen mindestens die Festlegung von Zeichnungsbefugnissen einschließlich der Zeichnungshöchstgrenzen, Kontrollfunktionen einschließlich der Einbindung geeigneter Personen und Funktionen innerhalb des Unternehmens und der internen Revision sowie Berichtspflichten an den Vorstand umfassen.

(2) Die Verträge einschließlich etwaiger ergänzender Vereinbarungen und Nachträge, die Bezugnahme auf wirtschaftlich verbundene Verträge, die wirtschaftliche Zielsetzung und Wirkungsweise sowie die beabsichtigte Bilanzierung sind in geeigneter Form und nachprüfbar zu dokumentieren. Etwaige ergänzende Vereinbarungen und Nachträge müssen mit dem Vertragsdokument entweder körperlich oder, im Falle einer ausschließlich elektronischen Bestandsverwaltung, datentechnisch verbunden sein oder diesem als Anlage beigefügt sein. Im Falle eines bloßen Verweises im Vertrag auf ein anderes Vertragsdokument muss Letzteres dem Vertrag entweder als Abschrift oder als beglaubigte Ablichtung beigefügt oder, im Falle einer ausschließlich elektronischen Bestandsverwaltung, datentechnisch mit dem Vertrag verbunden sein. Im Falle eines Nachtrags ist es ausreichend, wenn dieser in einer solchen Weise zusammen mit dem Hauptvertrag aufbewahrt oder mit diesem datentechnisch verknüpft wird, dass er auch für einen nicht mit dem Vertrag vertrauten Dritten als Nachtrag zum betreffenden Hauptvertrag erkennbar ist. Auch im Falle einer ausschließlich elektronischen

Bestandsverwaltung müssen nachträgliche Veränderungen in jedem Fall erkennbar sein.

§ 8

Berichtspflichten

Das Versicherungsunternehmen hat der Aufsichtsbehörde jährlich zusammen mit den Rechnungslegungsunterlagen nach § 16 Abs. 1 Nr. 1 der Versicherungsberichterstattungs-Verordnung jeweils in Schriftform oder in elektronischer Form eine Übersicht über die jeweils bestehenden Finanzrückversicherungsverträge und über die Verträge ohne hinreichenden Risikotransfer zu übermitteln. Die Übersichten müssen den Vertragspartner, eine zumindest stichwortartige Beschreibung des Vertragstyps sowie die Bilanzierung im Einzelabschluss erkennen lassen. Die Übersicht über Finanzrückversicherungsverträge muss ferner die Höhe der maximalen Haftung des übernehmenden Versicherungsunternehmens und die Laufzeit des Vertrages erkennen lassen. Die Übersicht über Verträge ohne hinreichenden Risikotransfer muss den Umfang und die zu erwartende Laufzeit der Finanzierung erkennen lassen.

§ 9

Übergangsregelungen

Die §§ 4 bis 6, 7 Abs. 2 finden nur auf solche Finanzrückversicherungsverträge und Verträge ohne hinreichenden Risikotransfer Anwendung, die am Tag des Inkrafttretens der Verordnung oder später abgeschlossen werden. § 8 findet keine Anwendung auf Verträge, bei denen die vertraglich vereinbarte Risikotragungsdauer am Tag des Inkrafttretens der Verordnung abgelaufen ist. Der Bericht nach § 8 für das erste Geschäftsjahr, das nach dem Inkrafttreten der Verordnung endet, ist frühestens am 1. Juli 2009 einzureichen.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 14. Juli 2008

Der Bundesminister der Finanzen
Peer Steinbrück

Fünfte Verordnung zur Änderung der Tabakverordnung

Vom 14. Juli 2008

Auf Grund des § 20 Abs. 3 Nr. 1 und 2 Buchstabe a des Vorläufigen Tabakgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1997 (BGBl. I S. 2296), der zuletzt durch Artikel 3a des Gesetzes vom 13. April 2006 (BGBl. I S. 855) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie:

Artikel 1

In Anlage 1 Teil A Nr. 1 der Tabakverordnung vom 20. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2831), die zuletzt durch die Verordnung vom 20. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3382) geändert worden ist, werden nach dem Wort „Aromenverordnung“ die Wörter „in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Mai 2006 (BGBl. I S. 1127), geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 27. September 2007 (BGBl. I S. 2308, 2465),“ eingefügt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 14. Juli 2008

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Horst Seehofer

Erste Verordnung zur Änderung der Seeanlagenverordnung

Vom 15. Juli 2008

Auf Grund des § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4a in Verbindung mit Satz 4, Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und § 1 Nr. 10a des Seeaufgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 2002 (BGBl. I S. 2876), von denen § 1 Nr. 10a und § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4a zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. April 2008 (BGBl. I S. 706) geändert und § 9 Abs. 1 Satz 4 durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. April 2008 (BGBl. I S. 706) eingefügt worden sind, verordnet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Artikel 1

Die Seeanlagenverordnung vom 23. Januar 1997 (BGBl. I S. 57), zuletzt geändert durch Artikel 513 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
   a) In Satz 1 werden
      aa) in Nummer 1 das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt,
      bb) in Nummer 2 nach dem Wort „Zwecken“ das Wort „oder“ eingefügt und
      cc) nach Nummer 2 folgende Nummer 3 eingefügt:
      „3. meereskundlichen Untersuchungen“.
   b) In Satz 2 werden
      aa) die Wörter „des § 2 Abs. 2a des Gerätesicherheitsgesetzes,“ durch die Wörter „des § 2 Abs. 7 des Geräte- und Produktsicherheitsgesetzes sowie“ ersetzt und
      bb) die Wörter „sowie Anlagen zur wissenschaftlichen Meeresforschung“ gestrichen.
2. § 2 wird wie folgt gefasst:

„§ 2

Genehmigung der Anlagen

(1) Die Errichtung, der Betrieb und die wesentliche Änderung der Anlagen oder ihres Betriebs bedürfen der Genehmigung durch das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, soweit sie nicht nach § 10 von der Genehmigungspflicht befreit sind. Die Genehmigungspflicht dient der Abwehr von Gefahren für

1. die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs,
2. die Meeresumwelt und
3. sonstige überwiegende öffentliche Belange.

(2) Bei der Entscheidung über den Antrag auf Genehmigung sind die Ziele der Raumordnung zu beachten sowie die Grundsätze der Raumordnung und die in Aufstellung befindlichen Ziele der Raumordnung zu berücksichtigen.

(3) Die Genehmigung ersetzt nicht die nach anderen Rechtsvorschriften erforderlichen Verwaltungsakte.“

3. In § 2a Satz 2 wird die Angabe „§ 9 Abs. 1 Satz 2“ durch die Angabe „§ 9 Abs. 1 Satz 3“ ersetzt.
4. § 3 wird wie folgt gefasst:

„§ 3

Versagen der Genehmigung

Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn

1. die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigt oder die Meeresumwelt gefährdet wird,

2. die Erfordernisse der Raumordnung nach § 2 Abs. 2 oder sonstige überwiegende öffentliche Belange einer Genehmigung entgegenstehen,

ohne dass dies durch eine Befristung, durch Bedingungen oder Auflagen verhütet oder ausgeglichen werden kann. Ein Versagungsgrund liegt insbesondere dann vor, wenn

1. der Betrieb oder die Wirkung von Schifffahrtsanlagen und -zeichen, die Benutzung der Schifffahrtswege oder des Luftraumes oder die Schifffahrt beeinträchtigt würden,
2. eine Verschmutzung der Meeresumwelt im Sinne des Artikels 1 Abs. 1 Nr. 4 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (BGBl. 1994 II S. 1798) zu besorgen ist,
3. der Vogelzug gefährdet wird oder
4. ein Widerspruch zu den Zielen der Raumordnung vorliegt."

5. § 4 wird wie folgt gefasst:

„§ 4

Nebenbestimmungen
und technische Standards

(1) Die Genehmigung kann zur Verhütung oder zum Ausgleich eines Umstandes, der einen Versagungsgrund im Sinne des § 3 darstellt, befristet sowie mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden. Die nachträgliche Aufnahme, Änderung oder Ergänzung von Auflagen ist zulässig.

(2) Die Genehmigung erlischt,

1. wenn
   a) innerhalb einer von der Genehmigungsbehörde gesetzten angemessenen Frist nicht mit der Errichtung oder dem Betrieb der Anlage begonnen oder
   b) die Anlage während eines Zeitraums von mehr als drei Jahren nicht mehr betrieben

   worden ist,
2. mit Ablauf einer angeordneten Befristung.

(3) Die Genehmigungsbehörde kann auf Antrag Fristen und Zeiträume im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 und des Absatzes 2 Satz 1 wiederholt verlängern.

(4) Die Genehmigung kann die Einhaltung bestimmter technischer Standards vorschreiben."

6. § 5 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 2 werden die Wörter „das Gutachten einer anerkannten Klassifikationsgesellschaft" durch die Wörter „Gutachten eines oder einer anerkannten Sachverständigen" ersetzt.
   b) Folgende Absätze 4 bis 6 werden angefügt:

   „(4) Die Genehmigungsbehörde kann die Anlage oder die Anlagen in Teilabschnitten genehmigen. Sie kann die Errichtung und die Inbetriebnahme von einer Baufreigabe abhängig machen, die zu erteilen ist, wenn ein Nachweis über die Erfüllung der Auflagen und Bedingungen zu der Genehmigung erbracht worden ist.

   (5) Die Entscheidung über den Antrag ist dem Antragsteller und den Betroffenen zuzustellen. Wird eine Genehmigung erteilt, ist eine Ausfertigung der Genehmigung mit einer Rechtsbehelfsbelehrung am Sitz der Genehmigungsbehörde zwei Wochen zur Einsicht auszulegen; Ort und Zeit der Auslegung sind durch amtliche Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Genehmigungsbehörde und durch Veröffentlichung in zwei überregionalen Tageszeitungen bekannt zu machen.

   (6) Sind außer an den Antragsteller mehr als 50 Zustellungen nach Absatz 5 vorzunehmen, kann die Zustellung an die Betroffenen durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen. Die öffentliche Bekanntmachung wird dadurch bewirkt, dass der verfügende Teil des Bescheides, die Rechtsbehelfsbelehrung und ein Hinweis auf die Auslegung nach Absatz 5 Satz 2 im amtlichen Verkündungsblatt der Genehmigungsbehörde und außerdem in zwei überregionalen Tageszeitungen bekannt gemacht werden. Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Beschluss den Betroffenen gegenüber als zugestellt; hierauf ist in der Bekanntmachung hinzuweisen. Nach der öffentlichen Bekanntmachung kann der Bescheid bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist von den Betroffenen schriftlich angefordert werden; hierauf ist in der Bekanntmachung gleichfalls hinzuweisen."

7. § 9 wird aufgehoben.

8. § 10 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Genehmigungsbehörde kann einzelne Anlagentypen einfacher Bauart und Funktion von der Genehmigungspflicht befreien, wenn für sie offensichtlich keine Versagungsgründe im Sinne des § 3 vorliegen."

9. § 12 wird wie folgt gefasst:

„§ 12

Beseitigung
der Anlagen, Sicherheitsleistung

(1) Genehmigungspflichtige Anlagen sind nach Erlöschen der Genehmigung in dem Umfang zu beseitigen, wie sie Hindernisse für den Verkehr darstellen oder der Schutz der Meeresumwelt, die Erfordernisse der Raumordnung nach § 2 Abs. 2 oder sonstige überwiegende öffentliche Belange dies erfordern. Satz 1 gilt für nicht genehmigungspflichtige Anlagen nach endgültiger Betriebseinstellung entsprechend.

(2) Die allgemein anerkannten internationalen Normen zur Beseitigung sind als Mindeststandard zu berücksichtigen.

(3) Die Genehmigungsbehörde kann die Genehmigung nach § 2 von der Leistung einer Sicherheit nach Maßgabe des Anhanges abhängig machen, soweit diese erforderlich ist, um die Erfüllung der in Absatz 1 genannten Voraussetzungen sicherzustellen."

10. § 13 wird wie folgt gefasst:

„§ 13

Pflichten des Anlagenbetreibers

Der Betreiber hat sicherzustellen, dass von der Anlage während des Betriebs oder nach einer Betriebseinstellung keine Beeinträchtigungen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs oder Gefahren für die Meeresumwelt und keine Beeinträchtigungen sonstiger überwiegender öffentlicher Belange ausgehen.“

11. § 14 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Verantwortlich für die Erfüllung der Pflichten, die sich aus dieser Verordnung oder aus Verwaltungsakten zu Errichtung, Betrieb und Betriebseinstellung von Anlagen ergeben, sind

1. der Inhaber der Genehmigung, bei juristischen Personen und Personenhandelsgesellschaften die nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag zur Vertretung berufenen Personen,
2. der Betreiber der Anlage, bei juristischen Personen und Personenhandelsgesellschaften die nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag zur Vertretung berufenen Personen und
3. die zur Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebs oder eines Betriebsteils bestellten Personen im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse.“

b) In den Absätzen 2 und 3 wird jeweils die Angabe „Absatzes 1 Nr. 2“ durch die Angabe „Absatzes 1 Nr. 3“ ersetzt.

c) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Der Inhaber einer Genehmigung hat der Genehmigungsbehörde unverzüglich anzuzeigen, wenn die Genehmigung auf einen anderen übertragen wird. Das Gleiche gilt für den Betreiber, wenn der Betrieb der Anlage auf eine andere Person übertragen wird.“

12. § 15 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden nach den Wörtern „Die Anlagen“ die Wörter „ , ihre Errichtung“ eingefügt.

b) Absatz 3 Satz 1 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„Führt eine Anlage, ihre Errichtung oder ihr Betrieb zu einer Beeinträchtigung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs oder einer Gefahr für die Meeresumwelt oder einer Beeinträchtigung sonstiger überwiegender öffentlicher Belange, kann das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie die Errichtung oder den Betrieb ganz oder teilweise bis zur Herstellung des ordnungsgemäßen Zustands untersagen, soweit sich die Beeinträchtigung oder die Gefahr auf andere Weise nicht abwenden lässt oder die Einstellung der Errichtung oder des Betriebs zur Aufklärung der Ursachen der Beeinträchtigung oder der Gefahr unerlässlich ist. Die Vorschriften über Rücknahme oder Widerruf eines Verwaltungsaktes bleiben unberührt.“

c) In Absatz 4 wird Satz 3 wie folgt gefasst:

„Es hat die Beseitigung anzuordnen, wenn die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, die Meeresumwelt oder sonstige überwiegende öffentliche Belange nicht auf andere Weise ausreichend geschützt werden können.“

d) In Absatz 5 Satz 1 werden

aa) nach den Wörtern „Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie kann“ die Wörter „die weitere Errichtung oder“ eingefügt,

bb) nach den Wörtern „Leichtigkeit des Verkehrs“ das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt und

cc) nach den Wörtern „der Meeresumwelt“ werden die Wörter „oder sonstiger überwiegender öffentlicher Belange“ eingefügt.

13. Nach § 16 wird folgender § 16a eingefügt:

„§ 16a

Übergangsregelungen

(1) Vor dem 26. Juli 2008 beantragte Genehmigungen werden nach den Vorschriften dieser Verordnung in der bis zum Ablauf des 25. Juli 2008 geltenden Fassung zu Ende geführt, sofern die öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens im Sinne des § 73 Abs. 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in Verbindung mit § 9 Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung und § 2a dieser Verordnung erfolgt ist.

(2) Diese Verordnung gilt für Anlagen der wissenschaftlichen Meeresforschung nur, soweit mit der Errichtung nach dem 31. Dezember 2008 begonnen wird. § 4 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.“

14. Folgender Anhang wird angefügt:

„Anhang
(zu § 12 Abs. 3)

Anforderungen an Sicherheitsleistungen

1. Die Genehmigungsbehörde entscheidet über Art, Umfang und Höhe der Sicherheit. Der Inhaber der Genehmigung oder der Betreiber der Anlage leistet vor Inbetriebnahme der Anlage die in der Genehmigung festgelegte Sicherheit und weist dies gegenüber der Genehmigungsbehörde nach.
2. Anstelle der in § 232 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmten Sicherheitsleistungen können insbesondere die Beibringung einer Konzernbürgschaft, einer Garantie oder eines sonstigen Zahlungsversprechens eines Kreditinstitutes oder handelsrechtlich zu bildende betriebliche Rückstellungen als gleichwertige Sicherheit verlangt oder zugelassen werden. Hierfür gilt § 8 der Hypothekenablöseverordnung entsprechend.
3. Der Umfang und die Höhe der Sicherheitsleistung sind so zu bemessen, dass ausreichende Mittel für den Rückbau der Anlage nach Maßgabe der erteilten Genehmigung zur Verfügung stehen.
4. Die finanzielle Sicherheit ist regelmäßig von der Genehmigungsbehörde mit dem Ziel der Erhaltung des realen Wertes der Sicherheit zu überprüfen; sie ist erneut festzustellen, wenn sich das Verhältnis zwischen Sicherheit und angestrebtem Sicherungszweck erheblich geändert hat. Im Laufe der Betriebsphase gebildete Rücklagen sollen bei der Höhe der erforderlichen Sicherheit angerechnet werden, soweit sie in der zur Sicherung des Sicherungszweckes erforderlichen Höhe der Verfügungsbefugnis des Inhabers der Genehmigung oder des Betreibers der Anlage entzogen sind. Ergibt die Überprüfung nach Satz 1, dass die Sicherheit zu erhöhen ist, kann die Genehmigungsbehörde dem Unternehmer für die Stellung der erhöhten Sicherheit eine Frist von längstens sechs Monaten setzen. Ergibt die Überprüfung nach Satz 1, dass die Sicherheit zu verringern ist, hat die Genehmigungsbehörde die nicht mehr erforderliche Sicherheit unverzüglich freizugeben.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 15. Juli 2008

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
W. Tiefensee

Fünfzehnte Verordnung zur Anpassung des Bemessungsbetrages und von Geldleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Fünfzehnte KOV-Anpassungsverordnung 2008 – 15. KOV-AnpV 2008)

Vom 18. Juli 2008

Auf Grund des § 56 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), dessen Absätze 1 und 2 zuletzt durch Artikel 1 Nr. 45 Buchstabe a und b des Gesetzes vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2904) geändert worden sind, verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Änderung des Bundesversorgungsgesetzes

Das Bundesversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 28. Mai 2008 (BGBl. I S. 874), wird wie folgt geändert:

1. In § 14 wird die Angabe „142“ durch die Angabe „144“ ersetzt.
2. § 15 wird wie folgt geändert:
   a) In Satz 1 wird die Angabe „116“ durch die Angabe „117“ ersetzt.
   b) In Satz 2 wird die Angabe „1,780“ durch die Angabe „1,800“ ersetzt.
3. § 31 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

      „(1) Beschädigte erhalten eine monatliche Grundrente bei einem Grad der Schädigungsfolgen

von 30	in Höhe von 120 Euro,
von 40	in Höhe von 164 Euro,
von 50	in Höhe von 221 Euro,
von 60	in Höhe von 279 Euro,
von 70	in Höhe von 387 Euro,
von 80	in Höhe von 468 Euro,
von 90	in Höhe von 562 Euro,
von 100	in Höhe von 631 Euro.

      Die Grundrente erhöht sich für Schwerbeschädigte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, bei einem Grad der Schädigungsfolgen

von 50 und 60	um 24 Euro,
von 70 und 80	um 30 Euro,
von mindestens 90	um 37 Euro.“

   b) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

      „Beschädigte mit einem Grad der Schädigungsfolgen von 100, die durch die anerkannten Schädigungsfolgen gesundheitlich außergewöhnlich betroffen sind, erhalten eine monatliche Schwerstbeschädigtenzulage, die in folgenden Stufen gewährt wird:

Stufe I	72 Euro,
Stufe II	150 Euro,
Stufe III	224 Euro,
Stufe IV	299 Euro,
Stufe V	373 Euro,
Stufe VI	449 Euro.“

4. § 32 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

   „(2) Die volle Ausgleichsrente beträgt monatlich bei einem Grad der Schädigungsfolgen

von 50 oder 60	387 Euro,
von 70 oder 80	468 Euro,
von 90	562 Euro,
von 100	631 Euro.“

5. In § 33 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe a wird die Angabe „25 975“ durch die Angabe „26 339“ ersetzt.
6. In § 33a Abs. 1 wird die Angabe „68“ durch die Angabe „69“ ersetzt.
7. § 35 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
   a) In Satz 1 wird die Angabe „263“ durch die Angabe „266“ ersetzt.
   b) In Satz 4 wird die Angabe „450, 638, 820, 1 066 oder 1 311“ durch die Angabe „455, 645, 829, 1 078 oder 1 325“ ersetzt.
8. § 36 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Angabe „1 506“ durch die Angabe „1 523“ und die Angabe „755“ durch die Angabe „763“ ersetzt.
   b) In Absatz 3 wird die Angabe „1 506“ durch die Angabe „1 523“ ersetzt.
9. In § 40 wird die Angabe „374“ durch die Angabe „378“ ersetzt.
10. In § 41 Abs. 2 wird die Angabe „414“ durch die Angabe „419“ ersetzt.

11. In § 46 werden die Angabe „106“ durch die Angabe „107“ und die Angabe „197“ durch die Angabe „199“ ersetzt.
12. In § 47 Abs. 1 werden die Angabe „185“ durch die Angabe „187“ und die Angabe „257“ durch die Angabe „260“ ersetzt.
13. § 51 wird wie folgt geändert:
    a) In Absatz 1 werden die Angabe „507“ durch die Angabe „513“ und die Angabe „353“ durch die Angabe „357“ ersetzt.
    b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Angabe „93“ durch die Angabe „94“ und die Angabe „68“ durch die Angabe „69“ ersetzt.
    c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Angabe „287“ durch die Angabe „290“ und die Angabe „208“ durch die Angabe „210“ ersetzt.
14. In § 53 Satz 2 werden die Angabe „1 506“ durch die Angabe „1 523“ und die Angabe „755“ durch die Angabe „763“ ersetzt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2008 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 18. Juli 2008

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Arbeit und Soziales
Olaf Scholz

Einundvierzigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Vom 18. Juli 2008

Auf Grund des § 33 Abs. 6 auch in Verbindung mit § 33a Abs. 1 Satz 3, § 33b Abs. 5 Satz 3, § 41 Abs. 3, § 47 Abs. 2 und § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), von denen § 33 Abs. 6 zuletzt durch Artikel 1 Nr. 35 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa bis dd und § 41 Abs. 3 zuletzt durch Artikel 1 Nr. 41 des Gesetzes vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2904) sowie § 51 Abs. 4 durch Artikel 1 Nr. 31 Buchstabe b des Gesetzes vom 23. März 1990 (BGBl. I S. 582) geändert worden sind, sowie unter Berücksichtigung der Fünfzehnten KOV-Anpassungsverordnung 2008 vom 18. Juli 2008 (BGBl. I S. 1300) verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

§ 1

Diese Verordnung gilt im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme des in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebietes zur Feststellung der in § 2 genannten Leistungen, soweit die Ansprüche in der Zeit vom 1. Juli 2008 an bestehen.

§ 2

Das anzurechnende Einkommen zur Feststellung der Ausgleichsrenten, der Ehegatten- und Kinderzuschläge sowie der Elternrenten (§ 33 Abs. 1, § 41 Abs. 3, § 47 Abs. 2, § 33a Abs.1 Satz 3, § 33b Abs. 5 Satz 3 und § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes) ergibt sich aus der dieser Verordnung als Anlage beigegebenen Tabelle. In der Tabelle sind auch die nach Anrechnung des Einkommens zustehenden Beträge an Ausgleichsrente und Elternrente angegeben, die zustehende Elternrente jedoch nur insoweit, als kein Anspruch auf Erhöhungsbeträge nach § 51 Abs. 2 oder 3 des Bundesversorgungsgesetzes besteht. Besteht Anspruch auf mindestens einen Erhöhungsbetrag, so ist die zustehende Elternrente, ausgehend vom Gesamtbetrag der vollen Elternrente einschließlich des Erhöhungsbetrages, durch Abziehen des in der Tabelle angegebenen anzurechnenden Einkommens zu ermitteln.

§ 3

(1) Das Bruttoeinkommen ist vor Anwendung der Tabelle auf volle Euro nach unten abzurunden.

(2) Treffen Einkünfte aus beiden Einkommensgruppen im Sinne des § 33 Abs.1 Satz 2 Buchstabe a des Bundesversorgungsgesetzes zusammen, so ist die Stufenzahl getrennt für jede Einkommensgruppe zu ermitteln; die Zusammenzählung beider Werte ergibt vorbehaltlich der Vorschrift des § 41 Abs. 3 Satz 3 und des § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes die für die Feststellung maßgebende Stufenzahl.

§ 4

(1) Zur Feststellung des Ehegattenzuschlags oder von Kinderzuschlägen ist von der Stufenzahl, die für das tatsächliche Bruttoeinkommen angegeben ist, die Stufenzahl, von der an die entsprechende Ausgleichsrente nicht mehr zusteht, abzuziehen; das Ergebnis ist die zur Feststellung maßgebende Stufenzahl.

(2) Trifft ein Ehegattenzuschlag mit mindestens einem Kinderzuschlag zusammen, so ist zur Feststellung des Kinderzuschlags von dem nach Absatz 1 ermittelten anzurechnenden Einkommen ein Betrag in Höhe des Ehegattenzuschlags abzuziehen; das Ergebnis ist das anzurechnende Einkommen im Sinne des § 33b Abs. 5 Satz 3 des Bundesversorgungsgesetzes.

§ 5

Soweit die Tabelle in einzelnen Versorgungsfällen nicht ausreicht, sind die Werte für jede weitere Stufenzahl wie folgt zu ermitteln:

1. Zur Ermittlung des Bruttoeinkommens, bis zu dem die zu bildenden Stufen reichen, ist ausgehend von den Werten der Stufe 200 für Beschädigte bei Ein-

künften aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit ein Betrag in Höhe von 8,995 Euro und bei den übrigen Einkünften ein Betrag in Höhe von 5,725 Euro je Stufe hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Euro nach unten abzurunden.

2. Zur Ermittlung des jeder Stufe zugeordneten Betrages des anzurechnenden Einkommens ist ausgehend von dem Wert bei Stufe 200 für Beschädigte je Stufe ein Betrag in Höhe von 3,155 Euro hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Euro nach unten abzurunden.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2008 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Vierzigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz vom 14. Juni 2007 (BGBl. I S. 1117) außer Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 18. Juli 2008

Der Bundesminister
für Arbeit und Soziales
In Vertretung
F.-J. Lersch

Anlage
(zu § 2)

Tabelle
über das anzurechnende Einkommen und die zustehende Ausgleichs- und Elternrente
für die Zeit ab 1. Juli 2008

Einkünfte (brutto)		Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten						Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten Witwen	Elternrenten	
				Beschädigte mit einem GdS von										
aus gegenw. Erwerbstätigkeit	übrige Einkünfte			100	90	80 oder 70	60 oder 50	Vollwaisen	Halbwaisen				Elternpaare	Elternteile
bis zu Euro	bis zu Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro		Euro	Euro	Euro	Euro
306	114	0	0	631	562	468	387	260	187	0	0	419	513	357
314	119	0	0	631	562	468	387	260	187	1	3	416	510	354
323	125	0	0	631	562	468	387	260	187	2	6	413	507	351
332	131	0	0	631	562	468	387	260	187	3	9	410	504	348
341	136	0	0	631	562	468	387	260	187	4	12	407	501	345
350	142	0	0	631	562	468	387	260	187	5	15	404	498	342
359	148	0	0	631	562	468	387	260	187	6	18	401	495	339
368	154	0	0	631	562	468	387	260	187	7	22	397	491	335
377	159	0	0	631	562	468	387	260	187	8	25	394	488	332
386	165	0	0	631	562	468	387	260	187	9	28	391	485	329
396	172	0	0	631	562	468	387	260	187	10	31	388	482	326
404	177	1	3	628	559	465	384	257	184	11	34	385	479	323
413	183	2	6	625	556	462	381	254	181	12	37	382	476	320
422	189	3	9	622	553	459	378	251	178	13	40	379	473	317
431	194	4	12	619	550	456	375	248	175	14	43	376	470	314
440	200	5	15	616	547	453	372	245	172	15	46	373	467	311
449	206	6	18	613	544	450	369	242	169	16	49	370	464	308
458	212	7	22	609	540	446	365	238	165	17	53	366	460	304
467	217	8	25	606	537	443	362	235	162	18	56	363	457	301
476	223	9	28	603	534	440	359	232	159	19	59	360	454	298
485	229	10	31	600	531	437	356	229	156	20	62	357	451	295
494	234	11	34	597	528	434	353	226	153	21	65	354	448	292
503	240	12	37	594	525	431	350	223	150	22	68	351	445	289
512	246	13	41	590	521	427	346	219	146	23	72	347	441	285
521	252	14	44	587	518	424	343	216	143	24	75	344	438	282
530	257	15	47	584	515	421	340	213	140	25	78	341	435	279
539	263	16	50	581	512	418	337	210	137	26	81	338	432	276
548	269	17	53	578	509	415	334	207	134	27	84	335	429	273
557	275	18	56	575	506	412	331	204	131	28	87	332	426	270
566	280	19	59	572	503	409	328	201	128	29	90	329	423	267
575	286	20	63	568	499	405	324	197	124	30	94	325	419	263
584	292	21	66	565	496	402	321	194	121	31	97	322	416	260

Einkünfte (brutto)				Ausgleichsrenten									Elternrenten	
				Beschädigte mit einem GdS von										
aus gegenw. Erwerbstätigkeit bis zu Euro	übrige Einkünfte bis zu Euro	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen Euro	100 Euro	90 Euro	80 oder 70 Euro	60 oder 50 Euro	Vollwaisen Euro	Halbwaisen Euro	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen Euro	Ausgleichsrenten Witwen Euro	Elternpaare Euro	Elternteile Euro
593	297	22	69	562	493	399	318	191	118	32	100	319	413	257
602	303	23	72	559	490	396	315	188	115	33	103	316	410	254
611	309	24	75	556	487	393	312	185	112	34	106	313	407	251
620	315	25	78	553	484	390	309	182	109	35	109	310	404	248
629	320	26	82	549	480	386	305	178	105	36	113	306	400	244
638	326	27	85	546	477	383	302	175	102	37	116	303	397	241
647	332	28	88	543	474	380	299	172	99	38	119	300	394	238
656	338	29	91	540	471	377	296	169	96	39	122	297	391	235
665	343	30	94	537	468	374	293	166	93	40	125	294	388	232
674	349	31	97	534	465	371	290	163	90	41	128	291	385	229
683	355	32	100	531	462	368	287	160	87	42	131	288	382	226
692	360	33	104	527	458	364	283	156	83	43	135	284	378	222
701	366	34	107	524	455	361	280	153	80	44	138	281	375	219
710	372	35	110	521	452	358	277	150	77	45	141	278	372	216
719	378	36	113	518	449	355	274	147	74	46	144	275	369	213
728	383	37	116	515	446	352	271	144	71	47	147	272	366	210
737	389	38	119	512	443	349	268	141	68	48	150	269	363	207
746	395	39	123	508	439	345	264	137	64	49	154	265	359	203
755	401	40	126	505	436	342	261	134	61	50	157	262	356	200
764	406	41	129	502	433	339	258	131	58	51	160	259	353	197
773	412	42	132	499	430	336	255	128	55	52	163	256	350	194
782	418	43	135	496	427	333	252	125	52	53	166	253	347	191
791	423	44	138	493	424	330	249	122	49	54	169	250	344	188
800	429	45	141	490	421	327	246	119	46	55	172	247	341	185
809	435	46	145	486	417	323	242	115	42	56	176	243	337	181
818	441	47	148	483	414	320	239	112	39	57	179	240	334	178
827	446	48	151	480	411	317	236	109	36	58	182	237	331	175
836	452	49	154	477	408	314	233	106	33	59	185	234	328	172
845	458	50	157	474	405	311	230	103	30	60	188	231	325	169
854	463	51	160	471	402	308	227	100	27	61	191	228	322	166
863	469	52	164	467	398	304	223	96	23	62	195	224	318	162
872	475	53	167	464	395	301	220	93	20	63	198	221	315	159
881	481	54	170	461	392	298	217	90	17	64	201	218	312	156
890	486	55	173	458	389	295	214	87	14	65	204	215	309	153
899	492	56	176	455	386	292	211	84	11	66	207	212	306	150
908	498	57	179	452	383	289	208	81	8	67	210	209	303	147
917	504	58	182	449	380	286	205	78	5	68	213	206	300	144

Einkünfte (brutto)				Ausgleichsrenten									Elternrenten	
			Anzu-rechnen-des Ein-kommen	Beschädigte mit einem GdS von							Anzu-rechnen-des Ein-kommen	Aus-gleichs-renten Witwen		
aus gegenw. Erwerbs-tätigkeit	übrige Ein-künfte	Stufen-zahl		100	90	80 oder 70	60 oder 50	Voll-waisen	Halb-waisen	Stufen-zahl			Eltern-paare	Eltern-teile
bis zu Euro	bis zu Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro		Euro	Euro	Euro	Euro
926	509	59	186	445	376	282	201	74	1	69	217	202	296	140
935	515	60	189	442	373	279	198	71	0	70	220	199	293	137
944	521	61	192	439	370	276	195	68	0	71	223	196	290	134
953	526	62	195	436	367	273	192	65	0	72	226	193	287	131
962	532	63	198	433	364	270	189	62	0	73	229	190	284	128
971	538	64	201	430	361	267	186	59	0	74	232	187	281	125
980	544	65	205	426	357	263	182	55	0	75	236	183	277	121
989	549	66	208	423	354	260	179	52	0	76	239	180	274	118
998	555	67	211	420	351	257	176	49	0	77	242	177	271	115
1 007	561	68	214	417	348	254	173	46	0	78	245	174	268	112
1 016	567	69	217	414	345	251	170	43	0	79	248	171	265	109
1 025	572	70	220	411	342	248	167	40	0	80	251	168	262	106
1 034	578	71	224	407	338	244	163	36	0	81	255	164	258	102
1 043	584	72	227	404	335	241	160	33	0	82	258	161	255	99
1 052	589	73	230	401	332	238	157	30	0	83	261	158	252	96
1 061	595	74	233	398	329	235	154	27	0	84	264	155	249	93
1 070	601	75	236	395	326	232	151	24	0	85	267	152	246	90
1 079	607	76	239	392	323	229	148	21	0	86	270	149	243	87
1 088	612	77	242	389	320	226	145	18	0	87	273	146	240	84
1 097	618	78	246	385	316	222	141	14	0	88	277	142	236	80
1 106	624	79	249	382	313	219	138	11	0	89	280	139	233	77
1 115	630	80	252	379	310	216	135	8	0	90	283	136	230	74
1 124	635	81	255	376	307	213	132	5	0	91	286	133	227	71
1 133	641	82	258	373	304	210	129	2	0	92	289	130	224	68
1 142	647	83	261	370	301	207	126	0	0	93	292	127	221	65
1 151	652	84	265	366	297	203	122	0	0	94	296	123	217	61
1 160	658	85	268	363	294	200	119	0	0	95	299	120	214	58
1 169	664	86	271	360	291	197	116	0	0	96	302	117	211	55
1 178	670	87	274	357	288	194	113	0	0	97	305	114	208	52
1 187	675	88	277	354	285	191	110	0	0	98	308	111	205	49
1 196	681	89	280	351	282	188	107	0	0	99	311	108	202	46
1 205	687	90	283	348	279	185	104	0	0	100	314	105	199	43
1 214	692	91	287	344	275	181	100	0	0	101	318	101	195	39
1 223	698	92	290	341	272	178	97	0	0	102	321	98	192	36
1 232	704	93	293	338	269	175	94	0	0	103	324	95	189	33
1 241	710	94	296	335	266	172	91	0	0	104	327	92	186	30
1 250	715	95	299	332	263	169	88	0	0	105	330	89	183	27

Einkünfte (brutto)				Ausgleichsrenten									Elternrenten	
			Anzu-rechnen-des Ein-kommen	Beschädigte mit einem GdS von							Anzu-rechnen-des Ein-kommen	Aus-gleichs-renten Witwen		
aus gegenw. Erwerbs-tätigkeit	übrige Ein-künfte	Stufen-zahl		100	90	80 oder 70	60 oder 50	Voll-waisen	Halb-waisen	Stufen-zahl			Eltern-paare	Eltern-teile
bis zu Euro	bis zu Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro		Euro	Euro	Euro	Euro
1 259	721	96	302	329	260	166	85	0	0	106	333	86	180	24
1 268	727	97	306	325	256	162	81	0	0	107	337	82	176	20
1 277	733	98	309	322	253	159	78	0	0	108	340	79	173	17
1 286	738	99	312	319	250	156	75	0	0	109	343	76	170	14
1 295	744	100	315	316	247	153	72	0	0	110	346	73	167	11
1 304	750	101	318	313	244	150	69	0	0	111	349	70	164	8
1 313	755	102	321	310	241	147	66	0	0	112	352	67	161	5
1 322	761	103	324	307	238	144	63	0	0	113	355	64	158	2
1 331	767	104	328	303	234	140	59	0	0	114	359	60	154	0
1 340	773	105	331	300	231	137	56	0	0	115	362	57	151	0
1 349	778	106	334	297	228	134	53	0	0	116	365	54	148	0
1 358	784	107	337	294	225	131	50	0	0	117	368	51	145	0
1 367	790	108	340	291	222	128	47	0	0	118	371	48	142	0
1 376	796	109	343	288	219	125	44	0	0	119	374	45	139	0
1 385	801	110	347	284	215	121	40	0	0	120	378	41	135	0
1 394	807	111	350	281	212	118	37	0	0	121	381	38	132	0
1 403	813	112	353	278	209	115	34	0	0	122	384	35	129	0
1 412	818	113	356	275	206	112	31	0	0	123	387	32	126	0
1 421	824	114	359	272	203	109	28	0	0	124	390	29	123	0
1 430	830	115	362	269	200	106	25	0	0	125	393	26	120	0
1 439	836	116	365	266	197	103	22	0	0	126	396	23	117	0
1 448	841	117	369	262	193	99	18	0	0	127	400	19	113	0
1 457	847	118	372	259	190	96	15	0	0	128	403	16	110	0
1 466	853	119	375	256	187	93	12	0	0	129	406	13	107	0
1 475	859	120	378	253	184	90	9	0	0	130	409	10	104	0
1 484	864	121	381	250	181	87	6	0	0	131	412	7	101	0
1 493	870	122	384	247	178	84	3	0	0	132	415	4	98	0
1 502	876	123	388	243	174	80	0	0	0	133	419	0	94	0
1 511	881	124	391	240	171	77	0	0	0	134	422	0	91	0
1 520	887	125	394	237	168	74	0	0	0	135	425	0	88	0
1 529	893	126	397	234	165	71	0	0	0	136	428	0	85	0
1 538	899	127	400	231	162	68	0	0	0	137	431	0	82	0
1 547	904	128	403	228	159	65	0	0	0	138	434	0	79	0
1 556	910	129	406	225	156	62	0	0	0	139	437	0	76	0
1 565	916	130	410	221	152	58	0	0	0	140	441	0	72	0
1 574	921	131	413	218	149	55	0	0	0	141	444	0	69	0
1 583	927	132	416	215	146	52	0	0	0	142	447	0	66	0

Einkünfte (brutto)				Ausgleichsrenten									Elternrenten	
			Anzu-rechnen-des Ein-kommen	Beschädigte mit einem GdS von							Anzu-rechnen-des Ein-kommen	Aus-gleichs-renten Witwen		
aus gegenw. Erwerbs-tätigkeit	übrige Ein-künfte	Stufen-zahl		100	90	80 oder 70	60 oder 50	Voll-waisen	Halb-waisen	Stufen-zahl			Eltern-paare	Eltern-teile
bis zu Euro	bis zu Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro		Euro	Euro	Euro	Euro
1 592	933	133	419	212	143	49	0	0	0	143	450	0	63	0
1 601	939	134	422	209	140	46	0	0	0	144	453	0	60	0
1 610	944	135	425	206	137	43	0	0	0	145	456	0	57	0
1 619	950	136	429	202	133	39	0	0	0	146	460	0	53	0
1 628	956	137	432	199	130	36	0	0	0	147	463	0	50	0
1 637	962	138	435	196	127	33	0	0	0	148	466	0	47	0
1 646	967	139	438	193	124	30	0	0	0	149	469	0	44	0
1 655	973	140	441	190	121	27	0	0	0	150	472	0	41	0
1 664	979	141	444	187	118	24	0	0	0	151	475	0	38	0
1 673	984	142	448	183	114	20	0	0	0	152	479	0	34	0
1 682	990	143	451	180	111	17	0	0	0	153	482	0	31	0
1 691	996	144	454	177	108	14	0	0	0	154	485	0	28	0
1 700	1 002	145	457	174	105	11	0	0	0	155	488	0	25	0
1 709	1 007	146	460	171	102	8	0	0	0	156	491	0	22	0
1 718	1 013	147	463	168	99	5	0	0	0	157	494	0	19	0
1 727	1 019	148	466	165	96	2	0	0	0	158	497	0	16	0
1 736	1 025	149	470	161	92	0	0	0	0	159	501	0	12	0
1 745	1 030	150	473	158	89	0	0	0	0	160	504	0	9	0
1 754	1 036	151	476	155	86	0	0	0	0	161	507	0	6	0
1 763	1 042	152	479	152	83	0	0	0	0	162	510	0	3	0
1 772	1 047	153	482	149	80	0	0	0	0	163	513	0	0	0
1 781	1 053	154	485	146	77	0	0	0	0	164	516	0	0	0
1 790	1 059	155	489	142	73	0	0	0	0	165	520	0	0	0
1 799	1 065	156	492	139	70	0	0	0	0	166	523	0	0	0
1 808	1 070	157	495	136	67	0	0	0	0	167	526	0	0	0
1 817	1 076	158	498	133	64	0	0	0	0	168	529	0	0	0
1 826	1 082	159	501	130	61	0	0	0	0	169	532	0	0	0
1 835	1 088	160	504	127	58	0	0	0	0	170	535	0	0	0
1 844	1 093	161	507	124	55	0	0	0	0	171	538	0	0	0
1 853	1 099	162	511	120	51	0	0	0	0	172	542	0	0	0
1 862	1 105	163	514	117	48	0	0	0	0	173	545	0	0	0
1 871	1 110	164	517	114	45	0	0	0	0	174	548	0	0	0
1 880	1 116	165	520	111	42	0	0	0	0	175	551	0	0	0
1 889	1 122	166	523	108	39	0	0	0	0	176	554	0	0	0
1 898	1 128	167	526	105	36	0	0	0	0	177	557	0	0	0
1 907	1 133	168	530	101	32	0	0	0	0	178	561	0	0	0
1 916	1 139	169	533	98	29	0	0	0	0	179	564	0	0	0

Einkünfte (brutto)				Ausgleichsrenten									Elternrenten	
				Beschädigte mit einem GdS von										
aus gegenw. Erwerbstätigkeit bis zu Euro	übrige Einkünfte bis zu Euro	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen Euro	100 Euro	90 Euro	80 oder 70 Euro	60 oder 50 Euro	Vollwaisen Euro	Halbwaisen Euro	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen Euro	Ausgleichsrenten Witwen Euro	Elternpaare Euro	Elternteile Euro
1 925	1 145	170	536	95	26	0	0	0	0	180	567	0	0	0
1 934	1 150	171	539	92	23	0	0	0	0	181	570	0	0	0
1 943	1 156	172	542	89	20	0	0	0	0	182	573	0	0	0
1 952	1 162	173	545	86	17	0	0	0	0	183	576	0	0	0
1 961	1 168	174	548	83	14	0	0	0	0	184	579	0	0	0
1 970	1 173	175	552	79	10	0	0	0	0	185	583	0	0	0
1 979	1 179	176	555	76	7	0	0	0	0	186	586	0	0	0
1 988	1 185	177	558	73	4	0	0	0	0	187	589	0	0	0
1 997	1 191	178	561	70	1	0	0	0	0	188	592	0	0	0
2 006	1 196	179	564	67	0	0	0	0	0	189	595	0	0	0
2 015	1 202	180	567	64	0	0	0	0	0	190	598	0	0	0
2 024	1 208	181	571	60	0	0	0	0	0	191	602	0	0	0
2 033	1 213	182	574	57	0	0	0	0	0	192	605	0	0	0
2 042	1 219	183	577	54	0	0	0	0	0	193	608	0	0	0
2 051	1 225	184	580	51	0	0	0	0	0	194	611	0	0	0
2 060	1 231	185	583	48	0	0	0	0	0	195	614	0	0	0
2 069	1 236	186	586	45	0	0	0	0	0	196	617	0	0	0
2 078	1 242	187	589	42	0	0	0	0	0	197	620	0	0	0
2 087	1 248	188	593	38	0	0	0	0	0	198	624	0	0	0
2 096	1 254	189	596	35	0	0	0	0	0	199	627	0	0	0
2 105	1 259	190	599	32	0	0	0	0	0	200	630	0	0	0
2 114	1 265	191	602	29	0	0	0	0	0	201	633	0	0	0
2 123	1 271	192	605	26	0	0	0	0	0	202	636	0	0	0
2 132	1 276	193	608	23	0	0	0	0	0	203	639	0	0	0
2 141	1 282	194	612	19	0	0	0	0	0	204	643	0	0	0
2 150	1 288	195	615	16	0	0	0	0	0	205	646	0	0	0
2 159	1 294	196	618	13	0	0	0	0	0	206	649	0	0	0
2 168	1 299	197	621	10	0	0	0	0	0	207	652	0	0	0
2 177	1 305	198	624	7	0	0	0	0	0	208	655	0	0	0
2 186	1 311	199	627	4	0	0	0	0	0	209	658	0	0	0
2 195	1 317	200	631	0	0	0	0	0	0	210	662	0	0	0
2 203	1 322	201	634	0	0	0	0	0	0	211	665	0	0	0
2 212	1 328	202	637	0	0	0	0	0	0	212	668	0	0	0
2 221	1 334	203	640	0	0	0	0	0	0	213	671	0	0	0
2 230	1 339	204	643	0	0	0	0	0	0	214	674	0	0	0
2 239	1 345	205	646	0	0	0	0	0	0	215	677	0	0	0
2 248	1 351	206	649	0	0	0	0	0	0	216	680	0	0	0

Einkünfte (brutto)				Ausgleichsrenten									Elternrenten	
				Beschädigte mit einem GdS von										
aus gegenw. Erwerbstätigkeit bis zu Euro	übrige Einkünfte bis zu Euro	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen Euro	100 Euro	90 Euro	80 oder 70 Euro	60 oder 50 Euro	Vollwaisen Euro	Halbwaisen Euro	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen Euro	Ausgleichsrenten Witwen Euro	Elternpaare Euro	Elternteile Euro
2 257	1 357	207	653	0	0	0	0	0	0	217	684	0	0	0
2 266	1 362	208	656	0	0	0	0	0	0	218	687	0	0	0
2 275	1 368	209	659	0	0	0	0	0	0	219	690	0	0	0
2 284	1 374	210	662	0	0	0	0	0	0	220	693	0	0	0
2 293	1 379	211	665	0	0	0	0	0	0	221	696	0	0	0
2 302	1 385	212	668	0	0	0	0	0	0	222	699	0	0	0
2 311	1 391	213	672	0	0	0	0	0	0	223	703	0	0	0
2 320	1 397	214	675	0	0	0	0	0	0	224	706	0	0	0
2 329	1 402	215	678	0	0	0	0	0	0	225	709	0	0	0
2 338	1 408	216	681	0	0	0	0	0	0	226	712	0	0	0
2 347	1 414	217	684	0	0	0	0	0	0	227	715	0	0	0
2 356	1 420	218	687	0	0	0	0	0	0	228	718	0	0	0
2 365	1 425	219	690	0	0	0	0	0	0	229	721	0	0	0
2 374	1 431	220	694	0	0	0	0	0	0	230	725	0	0	0
2 383	1 437	221	697	0	0	0	0	0	0	231	728	0	0	0
2 392	1 442	222	700	0	0	0	0	0	0	232	731	0	0	0
2 401	1 448	223	703	0	0	0	0	0	0	233	734	0	0	0
2 410	1 454	224	706	0	0	0	0	0	0	234	737	0	0	0
2 419	1 460	225	709	0	0	0	0	0	0	235	740	0	0	0
2 428	1 465	226	713	0	0	0	0	0	0	236	744	0	0	0
2 437	1 471	227	716	0	0	0	0	0	0	237	747	0	0	0
2 446	1 477	228	719	0	0	0	0	0	0	238	750	0	0	0
2 455	1 483	229	722	0	0	0	0	0	0	239	753	0	0	0
2 464	1 488	230	725	0	0	0	0	0	0	240	756	0	0	0
2 473	1 494	231	728	0	0	0	0	0	0	241	759	0	0	0
2 482	1 500	232	731	0	0	0	0	0	0	242	762	0	0	0
2 491	1 505	233	735	0	0	0	0	0	0	243	766	0	0	0
2 500	1 511	234	738	0	0	0	0	0	0	244	769	0	0	0
2 509	1 517	235	741	0	0	0	0	0	0	245	772	0	0	0
2 518	1 523	236	744	0	0	0	0	0	0	246	775	0	0	0
2 527	1 528	237	747	0	0	0	0	0	0	247	778	0	0	0
2 536	1 534	238	750	0	0	0	0	0	0	248	781	0	0	0
2 545	1 540	239	754	0	0	0	0	0	0	249	785	0	0	0
2 554	1 546	240	757	0	0	0	0	0	0	250	788	0	0	0
2 563	1 551	241	760	0	0	0	0	0	0	251	791	0	0	0
2 572	1 557	242	763	0	0	0	0	0	0	252	794	0	0	0
2 581	1 563	243	766	0	0	0	0	0	0	253	797	0	0	0

Einkünfte (brutto)		Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten						Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten Witwen	Elternrenten	
				Beschädigte mit einem GdS von										
aus gegenw. Erwerbstätigkeit	übrige Einkünfte			100	90	80 oder 70	60 oder 50	Vollwaisen	Halbwaisen				Elternpaare	Elternteile
bis zu Euro	bis zu Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro		Euro	Euro	Euro	Euro
2 590	1 568	244	769	0	0	0	0	0	0	254	800	0	0	0
2 599	1 574	245	772	0	0	0	0	0	0	255	803	0	0	0
2 608	1 580	246	776	0	0	0	0	0	0	256	807	0	0	0
2 617	1 586	247	779	0	0	0	0	0	0	257	810	0	0	0
2 626	1 591	248	782	0	0	0	0	0	0	258	813	0	0	0
2 635	1 597	249	785	0	0	0	0	0	0	259	816	0	0	0
2 644	1 603	250	788	0	0	0	0	0	0	260	819	0	0	0

Zweiundzwanzigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet

Vom 18. Juli 2008

Auf Grund des § 33 Abs. 6 auch in Verbindung mit § 33a Abs. 1 Satz 3, § 33b Abs. 5 Satz 3, § 41 Abs. 3, § 47 Abs. 2 und § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), von denen § 33 Abs. 6 zuletzt durch Artikel 1 Nr. 35 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa bis dd und § 41 Abs. 3 zuletzt durch Artikel 1 Nr. 41 des Gesetzes vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2904) sowie § 51 Abs. 4 durch Artikel 1 Nr. 31 Buchstabe b des Gesetzes vom 23. März 1990 (BGBl. I S. 582) geändert worden sind, und unter Berücksichtigung der Anlage I Kapitel VIII Sachgebiet K Abschnitt III Nr. 1 Buchstabe a des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1067) sowie unter Berücksichtigung der Fünfzehnten KOV-Anpassungsverordnung 2008 vom 18. Juli 2008 (BGBl. I S. 1300) verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

§ 1

Diese Verordnung gilt in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet zur Feststellung der in § 2 genannten Leistungen, soweit die Ansprüche in der Zeit vom 1. Juli 2008 an bestehen.

§ 2

Das anzurechnende Einkommen zur Feststellung der Ausgleichsrenten, der Ehegatten- und Kinderzuschläge sowie der Elternrenten (§ 33 Abs. 1, § 41 Abs. 3, § 47 Abs. 2, § 33a Abs. 1 Satz 3, § 33b Abs. 5 Satz 3 und § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes) ergibt sich für den Personenkreis in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet aus der dieser Verordnung als Anlage beigegebenen Tabelle. In der Tabelle sind auch die nach Anrechnung des Einkommens zustehenden Beträge an Ausgleichsrente und Elternrente angegeben, die zustehende Elternrente jedoch nur insoweit, als kein Anspruch auf Erhöhungsbeträge nach § 51 Abs. 2 oder 3 des Bundesversorgungsgesetzes besteht. Besteht Anspruch auf mindestens einen Erhöhungsbetrag, so ist die zustehende Elternrente, ausgehend vom Gesamtbetrag der vollen Elternrente einschließlich des Erhöhungsbetrages, durch Abziehen des in der Tabelle angegebenen anzurechnenden Einkommens zu ermitteln.

§ 3

(1) Das Bruttoeinkommen ist vor Anwendung der Tabelle auf volle Euro nach unten abzurunden.

(2) Treffen Einkünfte aus beiden Einkommensgruppen im Sinne des § 33 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe a des Bundesversorgungsgesetzes zusammen, so ist die Stufenzahl getrennt für jede Einkommensgruppe zu ermitteln; die Zusammenzählung beider Werte ergibt vorbehaltlich der Vorschrift des § 41 Abs. 3 Satz 3 und des § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes die für die Feststellung maßgebende Stufenzahl.

§ 4

(1) Zur Feststellung des Ehegattenzuschlags oder von Kinderzuschlägen ist von der Stufenzahl, die für das tatsächliche Bruttoeinkommen angegeben ist, die Stufenzahl, von der an die entsprechende Ausgleichsrente nicht mehr zusteht, abzuziehen; das Ergebnis ist die zur Feststellung maßgebende Stufenzahl.

(2) Trifft ein Ehegattenzuschlag mit mindestens einem Kinderzuschlag zusammen, so ist zur Feststellung des Kinderzuschlags von dem nach Absatz 1 ermittelten anzurechnenden Einkommen ein Betrag in Höhe des Ehegattenzuschlags abzuziehen; das Ergebnis ist das anzurechnende Einkommen im Sinne des § 33b Abs. 5 Satz 3 des Bundesversorgungsgesetzes.

§ 5

Soweit die Tabelle in einzelnen Versorgungsfällen nicht ausreicht, sind die Werte für jede weitere Stufenzahl wie folgt zu ermitteln:

1. Zur Ermittlung des Bruttoeinkommens, bis zu dem die zu bildenden Stufen reichen, ist ausgehend von

den Werten der Stufe 200 für Beschädigte bei Einkünften aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit ein Betrag in Höhe von 7,93 Euro und bei den übrigen Einkünften ein Betrag in Höhe von 5,045 Euro je Stufe hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Euro nach unten abzurunden.

2. Zur Ermittlung des jeder Stufe zugeordneten Betrages des anzurechnenden Einkommens ist ausgehend von dem Wert bei Stufe 200 für Beschädigte je Stufe ein Betrag in Höhe von 2,78 Euro hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Euro nach unten abzurunden.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2008 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Einundzwanzigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet vom 14. Juni 2007 (BGBl. I S. 1127) außer Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 18. Juli 2008

Der Bundesminister
für Arbeit und Soziales
In Vertretung
F.-J. Lersch

Anlage
(zu § 2)

Tabelle
über das anzurechnende Einkommen und die zustehende Ausgleichs- und Elternrente
in den neuen Ländern für die Zeit ab 1. Juli 2008

Einkünfte (brutto)				Ausgleichsrenten									Elternrenten	
				Beschädigte mit einem GdS von										
aus gegenw. Erwerbstätigkeit	übrige Einkünfte	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	100	90	80 oder 70	60 oder 50	Vollwaisen	Halbwaisen	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten Witwen	Elternpaare	Elternteile
bis zu Euro	bis zu Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro		Euro	Euro	Euro	Euro
269	101	0	0	556	495	412	341	229	165	0	0	369	452	314
276	106	0	0	556	495	412	341	229	165	1	2	367	450	312
284	111	0	0	556	495	412	341	229	165	2	5	364	447	309
292	116	0	0	556	495	412	341	229	165	3	8	361	444	306
300	121	0	0	556	495	412	341	229	165	4	11	358	441	303
308	126	0	0	556	495	412	341	229	165	5	13	356	439	301
316	131	0	0	556	495	412	341	229	165	6	16	353	436	298
324	136	0	0	556	495	412	341	229	165	7	19	350	433	295
332	141	0	0	556	495	412	341	229	165	8	22	347	430	292
340	146	0	0	556	495	412	341	229	165	9	25	344	427	289
348	151	0	0	556	495	412	341	229	165	10	27	342	425	287
355	156	1	2	554	493	410	339	227	163	11	29	340	423	285
363	161	2	5	551	490	407	336	224	160	12	32	337	420	282
371	166	3	8	548	487	404	333	221	157	13	35	334	417	279
379	171	4	11	545	484	401	330	218	154	14	38	331	414	276
387	176	5	13	543	482	399	328	216	152	15	40	329	412	274
395	181	6	16	540	479	396	325	213	149	16	43	326	409	271
403	186	7	19	537	476	393	322	210	146	17	46	323	406	268
411	191	8	22	534	473	390	319	207	143	18	49	320	403	265
419	196	9	25	531	470	387	316	204	140	19	52	317	400	262
427	201	10	27	529	468	385	314	202	138	20	54	315	398	260
435	206	11	30	526	465	382	311	199	135	21	57	312	395	257
443	211	12	33	523	462	379	308	196	132	22	60	309	392	254
451	216	13	36	520	459	376	305	193	129	23	63	306	389	251
459	221	14	38	518	457	374	303	191	127	24	65	304	387	249
466	226	15	41	515	454	371	300	188	124	25	68	301	384	246
474	231	16	44	512	451	368	297	185	121	26	71	298	381	243
482	236	17	47	509	448	365	294	182	118	27	74	295	378	240
490	241	18	50	506	445	362	291	179	115	28	77	292	375	237
498	246	19	52	504	443	360	289	177	113	29	79	290	373	235
506	251	20	55	501	440	357	286	174	110	30	82	287	370	232
514	256	21	58	498	437	354	283	171	107	31	85	284	367	229

Einkünfte (brutto)				Ausgleichsrenten									Elternrenten	
				Beschädigte mit einem GdS von										
aus gegenw. Erwerbstätigkeit	übrige Einkünfte	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	100	90	80 oder 70	60 oder 50	Vollwaisen	Halbwaisen	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten Witwen	Elternpaare	Elternteile
bis zu Euro	bis zu Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro		Euro	Euro	Euro	Euro
522	261	22	61	495	434	351	280	168	104	32	88	281	364	226
530	267	23	63	493	432	349	278	166	102	33	90	279	362	224
538	272	24	66	490	429	346	275	163	99	34	93	276	359	221
546	277	25	69	487	426	343	272	160	96	35	96	273	356	218
554	282	26	72	484	423	340	269	157	93	36	99	270	353	215
562	287	27	75	481	420	337	266	154	90	37	102	267	350	212
570	292	28	77	479	418	335	264	152	88	38	104	265	348	210
577	297	29	80	476	415	332	261	149	85	39	107	262	345	207
585	302	30	83	473	412	329	258	146	82	40	110	259	342	204
593	307	31	86	470	409	326	255	143	79	41	113	256	339	201
601	312	32	88	468	407	324	253	141	77	42	115	254	337	199
609	317	33	91	465	404	321	250	138	74	43	118	251	334	196
617	322	34	94	462	401	318	247	135	71	44	121	248	331	193
625	327	35	97	459	398	315	244	132	68	45	124	245	328	190
633	332	36	100	456	395	312	241	129	65	46	127	242	325	187
641	337	37	102	454	393	310	239	127	63	47	129	240	323	185
649	342	38	105	451	390	307	236	124	60	48	132	237	320	182
657	347	39	108	448	387	304	233	121	57	49	135	234	317	179
665	352	40	111	445	384	301	230	118	54	50	138	231	314	176
673	357	41	113	443	382	299	228	116	52	51	140	229	312	174
681	362	42	116	440	379	296	225	113	49	52	143	226	309	171
688	367	43	119	437	376	293	222	110	46	53	146	223	306	168
696	372	44	122	434	373	290	219	107	43	54	149	220	303	165
704	378	45	125	431	370	287	216	104	40	55	152	217	300	162
712	383	46	127	429	368	285	214	102	38	56	154	215	298	160
720	388	47	130	426	365	282	211	99	35	57	157	212	295	157
728	393	48	133	423	362	279	208	96	32	58	160	209	292	154
736	398	49	136	420	359	276	205	93	29	59	163	206	289	151
744	403	50	139	417	356	273	202	90	26	60	166	203	286	148
752	408	51	141	415	354	271	200	88	24	61	168	201	284	146
760	413	52	144	412	351	268	197	85	21	62	171	198	281	143
768	418	53	147	409	348	265	194	82	18	63	174	195	278	140
776	423	54	150	406	345	262	191	79	15	64	177	192	275	137
784	428	55	152	404	343	260	189	77	13	65	179	190	273	135
792	433	56	155	401	340	257	186	74	10	66	182	187	270	132
800	438	57	158	398	337	254	183	71	7	67	185	184	267	129
807	443	58	161	395	334	251	180	68	4	68	188	181	264	126

Einkünfte (brutto)				Ausgleichsrenten									Elternrenten	
				Beschädigte mit einem GdS von										
aus gegenw. Erwerbstätigkeit	übrige Einkünfte	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	100	90	80 oder 70	60 oder 50	Vollwaisen	Halbwaisen	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten Witwen	Elternpaare	Elternteile
bis zu Euro	bis zu Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro		Euro	Euro	Euro	Euro
815	448	59	164	392	331	248	177	65	1	69	191	178	261	123
823	453	60	166	390	329	246	175	63	0	70	193	176	259	121
831	458	61	169	387	326	243	172	60	0	71	196	173	256	118
839	463	62	172	384	323	240	169	57	0	72	199	170	253	115
847	468	63	175	381	320	237	166	54	0	73	202	167	250	112
855	473	64	177	379	318	235	164	52	0	74	204	165	248	110
863	478	65	180	376	315	232	161	49	0	75	207	162	245	107
871	483	66	183	373	312	229	158	46	0	76	210	159	242	104
879	489	67	186	370	309	226	155	43	0	77	213	156	239	101
887	494	68	189	367	306	223	152	40	0	78	216	153	236	98
895	499	69	191	365	304	221	150	38	0	79	218	151	234	96
903	504	70	194	362	301	218	147	35	0	80	221	148	231	93
911	509	71	197	359	298	215	144	32	0	81	224	145	228	90
918	514	72	200	356	295	212	141	29	0	82	227	142	225	87
926	519	73	202	354	293	210	139	27	0	83	229	140	223	85
934	524	74	205	351	290	207	136	24	0	84	232	137	220	82
942	529	75	208	348	287	204	133	21	0	85	235	134	217	79
950	534	76	211	345	284	201	130	18	0	86	238	131	214	76
958	539	77	214	342	281	198	127	15	0	87	241	128	211	73
966	544	78	216	340	279	196	125	13	0	88	243	126	209	71
974	549	79	219	337	276	193	122	10	0	89	246	123	206	68
982	554	80	222	334	273	190	119	7	0	90	249	120	203	65
990	559	81	225	331	270	187	116	4	0	91	252	117	200	62
998	564	82	227	329	268	185	114	2	0	92	254	115	198	60
1 006	569	83	230	326	265	182	111	0	0	93	257	112	195	57
1 014	574	84	233	323	262	179	108	0	0	94	260	109	192	54
1 022	579	85	236	320	259	176	105	0	0	95	263	106	189	51
1 029	584	86	239	317	256	173	102	0	0	96	266	103	186	48
1 037	589	87	241	315	254	171	100	0	0	97	268	101	184	46
1 045	594	88	244	312	251	168	97	0	0	98	271	98	181	43
1 053	600	89	247	309	248	165	94	0	0	99	274	95	178	40
1 061	605	90	250	306	245	162	91	0	0	100	277	92	175	37
1 069	610	91	252	304	243	160	89	0	0	101	279	90	173	35
1 077	615	92	255	301	240	157	86	0	0	102	282	87	170	32
1 085	620	93	258	298	237	154	83	0	0	103	285	84	167	29
1 093	625	94	261	295	234	151	80	0	0	104	288	81	164	26
1 101	630	95	264	292	231	148	77	0	0	105	291	78	161	23

Einkünfte (brutto)				Ausgleichsrenten									Elternrenten	
				Beschädigte mit einem GdS von										
aus gegenw. Erwerbstätigkeit	übrige Einkünfte	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	100	90	80 oder 70	60 oder 50	Vollwaisen	Halbwaisen	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten Witwen	Elternpaare	Elternteile
bis zu Euro	bis zu Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro		Euro	Euro	Euro	Euro
1 109	635	96	266	290	229	146	75	0	0	106	293	76	159	21
1 117	640	97	269	287	226	143	72	0	0	107	296	73	156	18
1 125	645	98	272	284	223	140	69	0	0	108	299	70	153	15
1 133	650	99	275	281	220	137	66	0	0	109	302	67	150	12
1 141	655	100	278	278	217	134	63	0	0	110	305	64	147	9
1 148	660	101	280	276	215	132	61	0	0	111	307	62	145	7
1 156	665	102	283	273	212	129	58	0	0	112	310	59	142	4
1 164	670	103	286	270	209	126	55	0	0	113	313	56	139	1
1 172	675	104	289	267	206	123	52	0	0	114	316	53	136	0
1 180	680	105	291	265	204	121	50	0	0	115	318	51	134	0
1 188	685	106	294	262	201	118	47	0	0	116	321	48	131	0
1 196	690	107	297	259	198	115	44	0	0	117	324	45	128	0
1 204	695	108	300	256	195	112	41	0	0	118	327	42	125	0
1 212	700	109	303	253	192	109	38	0	0	119	330	39	122	0
1 220	705	110	305	251	190	107	36	0	0	120	332	37	120	0
1 228	710	111	308	248	187	104	33	0	0	121	335	34	117	0
1 236	716	112	311	245	184	101	30	0	0	122	338	31	114	0
1 244	721	113	314	242	181	98	27	0	0	123	341	28	111	0
1 252	726	114	316	240	179	96	25	0	0	124	343	26	109	0
1 259	731	115	319	237	176	93	22	0	0	125	346	23	106	0
1 267	736	116	322	234	173	90	19	0	0	126	349	20	103	0
1 275	741	117	325	231	170	87	16	0	0	127	352	17	100	0
1 283	746	118	328	228	167	84	13	0	0	128	355	14	97	0
1 291	751	119	330	226	165	82	11	0	0	129	357	12	95	0
1 299	756	120	333	223	162	79	8	0	0	130	360	9	92	0
1 307	761	121	336	220	159	76	5	0	0	131	363	6	89	0
1 315	766	122	339	217	156	73	2	0	0	132	366	3	86	0
1 323	771	123	341	215	154	71	0	0	0	133	368	1	84	0
1 331	776	124	344	212	151	68	0	0	0	134	371	0	81	0
1 339	781	125	347	209	148	65	0	0	0	135	374	0	78	0
1 347	786	126	350	206	145	62	0	0	0	136	377	0	75	0
1 355	791	127	353	203	142	59	0	0	0	137	380	0	72	0
1 363	796	128	355	201	140	57	0	0	0	138	382	0	70	0
1 370	801	129	358	198	137	54	0	0	0	139	385	0	67	0
1 378	806	130	361	195	134	51	0	0	0	140	388	0	64	0
1 386	811	131	364	192	131	48	0	0	0	141	391	0	61	0
1 394	816	132	366	190	129	46	0	0	0	142	393	0	59	0

Einkünfte (brutto)				Ausgleichsrenten									Elternrenten	
			Anzu-rechnen-des Ein-kommen	Beschädigte mit einem GdS von							Anzu-rechnen-des Ein-kommen	Aus-gleichs-renten Witwen		
aus gegenw. Erwerbs-tätigkeit	übrige Ein-künfte	Stufen-zahl		100	90	80 oder 70	60 oder 50	Voll-waisen	Halb-waisen	Stufen-zahl			Eltern-paare	Eltern-teile
bis zu Euro	bis zu Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro		Euro	Euro	Euro	Euro
1 402	821	133	369	187	126	43	0	0	0	143	396	0	56	0
1 410	827	134	372	184	123	40	0	0	0	144	399	0	53	0
1 418	832	135	375	181	120	37	0	0	0	145	402	0	50	0
1 426	837	136	378	178	117	34	0	0	0	146	405	0	47	0
1 434	842	137	380	176	115	32	0	0	0	147	407	0	45	0
1 442	847	138	383	173	112	29	0	0	0	148	410	0	42	0
1 450	852	139	386	170	109	26	0	0	0	149	413	0	39	0
1 458	857	140	389	167	106	23	0	0	0	150	416	0	36	0
1 466	862	141	391	165	104	21	0	0	0	151	418	0	34	0
1 474	867	142	394	162	101	18	0	0	0	152	421	0	31	0
1 481	872	143	397	159	98	15	0	0	0	153	424	0	28	0
1 489	877	144	400	156	95	12	0	0	0	154	427	0	25	0
1 497	882	145	403	153	92	9	0	0	0	155	430	0	22	0
1 505	887	146	405	151	90	7	0	0	0	156	432	0	20	0
1 513	892	147	408	148	87	4	0	0	0	157	435	0	17	0
1 521	897	148	411	145	84	1	0	0	0	158	438	0	14	0
1 529	902	149	414	142	81	0	0	0	0	159	441	0	11	0
1 537	907	150	417	139	78	0	0	0	0	160	444	0	8	0
1 545	912	151	419	137	76	0	0	0	0	161	446	0	6	0
1 553	917	152	422	134	73	0	0	0	0	162	449	0	3	0
1 561	922	153	425	131	70	0	0	0	0	163	452	0	0	0
1 569	927	154	428	128	67	0	0	0	0	164	455	0	0	0
1 577	932	155	430	126	65	0	0	0	0	165	457	0	0	0
1 585	938	156	433	123	62	0	0	0	0	166	460	0	0	0
1 593	943	157	436	120	59	0	0	0	0	167	463	0	0	0
1 600	948	158	439	117	56	0	0	0	0	168	466	0	0	0
1 608	953	159	442	114	53	0	0	0	0	169	469	0	0	0
1 616	958	160	444	112	51	0	0	0	0	170	471	0	0	0
1 624	963	161	447	109	48	0	0	0	0	171	474	0	0	0
1 632	968	162	450	106	45	0	0	0	0	172	477	0	0	0
1 640	973	163	453	103	42	0	0	0	0	173	480	0	0	0
1 648	978	164	455	101	40	0	0	0	0	174	482	0	0	0
1 656	983	165	458	98	37	0	0	0	0	175	485	0	0	0
1 664	988	166	461	95	34	0	0	0	0	176	488	0	0	0
1 672	993	167	464	92	31	0	0	0	0	177	491	0	0	0
1 680	998	168	467	89	28	0	0	0	0	178	494	0	0	0
1 688	1 003	169	469	87	26	0	0	0	0	179	496	0	0	0

Einkünfte (brutto)				Ausgleichsrenten									Elternrenten	
				Beschädigte mit einem GdS von										
aus gegenw. Erwerbstätigkeit	übrige Einkünfte	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	100	90	80 oder 70	60 oder 50	Vollwaisen	Halbwaisen	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten Witwen	Elternpaare	Elternteile
bis zu Euro	bis zu Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro		Euro	Euro	Euro	Euro
1 696	1 008	170	472	84	23	0	0	0	0	180	499	0	0	0
1 704	1 013	171	475	81	20	0	0	0	0	181	502	0	0	0
1 711	1 018	172	478	78	17	0	0	0	0	182	505	0	0	0
1 719	1 023	173	480	76	15	0	0	0	0	183	507	0	0	0
1 727	1 028	174	483	73	12	0	0	0	0	184	510	0	0	0
1 735	1 033	175	486	70	9	0	0	0	0	185	513	0	0	0
1 743	1 038	176	489	67	6	0	0	0	0	186	516	0	0	0
1 751	1 043	177	492	64	3	0	0	0	0	187	519	0	0	0
1 759	1 049	178	494	62	1	0	0	0	0	188	521	0	0	0
1 767	1 054	179	497	59	0	0	0	0	0	189	524	0	0	0
1 775	1 059	180	500	56	0	0	0	0	0	190	527	0	0	0
1 783	1 064	181	503	53	0	0	0	0	0	191	530	0	0	0
1 791	1 069	182	505	51	0	0	0	0	0	192	532	0	0	0
1 799	1 074	183	508	48	0	0	0	0	0	193	535	0	0	0
1 807	1 079	184	511	45	0	0	0	0	0	194	538	0	0	0
1 815	1 084	185	514	42	0	0	0	0	0	195	541	0	0	0
1 822	1 089	186	517	39	0	0	0	0	0	196	544	0	0	0
1 830	1 094	187	519	37	0	0	0	0	0	197	546	0	0	0
1 838	1 099	188	522	34	0	0	0	0	0	198	549	0	0	0
1 846	1 104	189	525	31	0	0	0	0	0	199	552	0	0	0
1 854	1 109	190	528	28	0	0	0	0	0	200	555	0	0	0
1 862	1 114	191	530	26	0	0	0	0	0	201	557	0	0	0
1 870	1 119	192	533	23	0	0	0	0	0	202	560	0	0	0
1 878	1 124	193	536	20	0	0	0	0	0	203	563	0	0	0
1 886	1 129	194	539	17	0	0	0	0	0	204	566	0	0	0
1 894	1 134	195	542	14	0	0	0	0	0	205	569	0	0	0
1 902	1 139	196	544	12	0	0	0	0	0	206	571	0	0	0
1 910	1 144	197	547	9	0	0	0	0	0	207	574	0	0	0
1 918	1 149	198	550	6	0	0	0	0	0	208	577	0	0	0
1 926	1 154	199	553	3	0	0	0	0	0	209	580	0	0	0
1 934	1 160	200	556	0	0	0	0	0	0	210	583	0	0	0
1 941	1 165	201	558	0	0	0	0	0	0	211	585	0	0	0
1 949	1 170	202	561	0	0	0	0	0	0	212	588	0	0	0
1 957	1 175	203	564	0	0	0	0	0	0	213	591	0	0	0
1 965	1 180	204	567	0	0	0	0	0	0	214	594	0	0	0
1 973	1 185	205	569	0	0	0	0	0	0	215	596	0	0	0
1 981	1 190	206	572	0	0	0	0	0	0	216	599	0	0	0

Einkünfte (brutto)				Ausgleichsrenten									Elternrenten	
				Beschädigte mit einem GdS von										
aus gegenw. Erwerbstätigkeit bis zu Euro	übrige Einkünfte bis zu Euro	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen Euro	100 Euro	90 Euro	80 oder 70 Euro	60 oder 50 Euro	Vollwaisen Euro	Halbwaisen Euro	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen Euro	Ausgleichsrenten Witwen Euro	Elternpaare Euro	Elternteile Euro
1 989	1 195	207	575	0	0	0	0	0	0	217	602	0	0	0
1 997	1 200	208	578	0	0	0	0	0	0	218	605	0	0	0
2 005	1 205	209	581	0	0	0	0	0	0	219	608	0	0	0
2 013	1 210	210	583	0	0	0	0	0	0	220	610	0	0	0
2 021	1 215	211	586	0	0	0	0	0	0	221	613	0	0	0
2 029	1 220	212	589	0	0	0	0	0	0	222	616	0	0	0
2 037	1 225	213	592	0	0	0	0	0	0	223	619	0	0	0
2 045	1 230	214	594	0	0	0	0	0	0	224	621	0	0	0
2 052	1 235	215	597	0	0	0	0	0	0	225	624	0	0	0
2 060	1 240	216	600	0	0	0	0	0	0	226	627	0	0	0
2 068	1 245	217	603	0	0	0	0	0	0	227	630	0	0	0
2 076	1 250	218	606	0	0	0	0	0	0	228	633	0	0	0
2 084	1 255	219	608	0	0	0	0	0	0	229	635	0	0	0
2 092	1 260	220	611	0	0	0	0	0	0	230	638	0	0	0
2 100	1 265	221	614	0	0	0	0	0	0	231	641	0	0	0
2 108	1 270	222	617	0	0	0	0	0	0	232	644	0	0	0
2 116	1 276	223	619	0	0	0	0	0	0	233	646	0	0	0
2 124	1 281	224	622	0	0	0	0	0	0	234	649	0	0	0
2 132	1 286	225	625	0	0	0	0	0	0	235	652	0	0	0
2 140	1 291	226	628	0	0	0	0	0	0	236	655	0	0	0
2 148	1 296	227	631	0	0	0	0	0	0	237	658	0	0	0
2 156	1 301	228	633	0	0	0	0	0	0	238	660	0	0	0
2 163	1 306	229	636	0	0	0	0	0	0	239	663	0	0	0
2 171	1 311	230	639	0	0	0	0	0	0	240	666	0	0	0
2 179	1 316	231	642	0	0	0	0	0	0	241	669	0	0	0
2 187	1 321	232	644	0	0	0	0	0	0	242	671	0	0	0
2 195	1 326	233	647	0	0	0	0	0	0	243	674	0	0	0
2 203	1 331	234	650	0	0	0	0	0	0	244	677	0	0	0
2 211	1 336	235	653	0	0	0	0	0	0	245	680	0	0	0
2 219	1 341	236	656	0	0	0	0	0	0	246	683	0	0	0
2 227	1 346	237	658	0	0	0	0	0	0	247	685	0	0	0
2 235	1 351	238	661	0	0	0	0	0	0	248	688	0	0	0
2 243	1 356	239	664	0	0	0	0	0	0	249	691	0	0	0
2 251	1 361	240	667	0	0	0	0	0	0	250	694	0	0	0
2 259	1 366	241	669	0	0	0	0	0	0	251	696	0	0	0
2 267	1 371	242	672	0	0	0	0	0	0	252	699	0	0	0
2 274	1 376	243	675	0	0	0	0	0	0	253	702	0	0	0

Einkünfte (brutto)				Ausgleichsrenten									Elternrenten	
				Beschädigte mit einem GdS von										
aus gegenw. Erwerbstätigkeit	übrige Einkünfte	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	100	90	80 oder 70	60 oder 50	Vollwaisen	Halbwaisen	Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten Witwen	Elternpaare	Elternteile
bis zu Euro	bis zu Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro		Euro	Euro	Euro	Euro
2 282	1 381	244	678	0	0	0	0	0	0	254	705	0	0	0
2 290	1 387	245	681	0	0	0	0	0	0	255	708	0	0	0
2 298	1 392	246	683	0	0	0	0	0	0	256	710	0	0	0
2 306	1 397	247	686	0	0	0	0	0	0	257	713	0	0	0
2 314	1 402	248	689	0	0	0	0	0	0	258	716	0	0	0
2 322	1 407	249	692	0	0	0	0	0	0	259	719	0	0	0
2 330	1 412	250	695	0	0	0	0	0	0	260	722	0	0	0

Erste Verordnung zur Änderung der Kriminal-Laufbahnverordnung

Vom 21. Juli 2008

Auf Grund des § 3 Abs. 2 Satz 1 des Bundespolizeibeamtengesetzes in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom 3. Juni 1976 (BGBl. I S. 1357), der durch Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666) neu gefasst worden ist, verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Die Kriminal-Laufbahnverordnung vom 20. April 2004 (BGBl. I S. 682), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 23 des Gesetzes vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
   a) Die Angabe zu § 17 wird wie folgt gefasst:
      „§ 17 (weggefallen)“.
   b) Nach der Angabe zu § 19 wird folgende Angabe eingefügt:
      „§ 19a Ausbildung, Prüfungen, Lehrende“.
   c) Nach der Angabe zu § 22 wird folgende Angabe eingefügt:
      „§ 22a Ausbildung, Prüfungen, Lehrende“.
   d) Die Angabe zu § 23 wird wie folgt gefasst:
      „§ 23 Laufbahnprüfung, Wiederholung von Prüfungsleistungen“.
2. § 17 wird aufgehoben.
3. Nach § 19 wird folgender § 19a eingefügt:

„§ 19a

Ausbildung, Prüfungen, Lehrende

(1) In der Rechtsverordnung nach § 4 Abs. 3 für den gehobenen Kriminaldienst sind folgende Prüfungsnoten vorzusehen:

sehr gut	(1) =	eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maße entspricht;
gut	(2) =	eine Leistung, die den Anforderungen voll entspricht;
befriedigend	(3) =	eine Leistung, die im Allgemeinen den Anforderungen entspricht;
ausreichend	(4) =	eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht;
mangelhaft	(5) =	eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten;
ungenügend	(6) =	eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten.

Zur Bildung der Prüfungsnoten können die Einzelleistungen und die Gesamtleistung der Prüfung nach einem System von Punktzahlen bewertet werden.

(2) Es können Zwischenprüfungen und ausbildungsbegleitende Leistungskontrollen vorgesehen werden. Ihre Ergebnisse können auf die Gesamtbewertung der Leistungen bei der Laufbahnprüfung bis zu einem Drittel angerechnet werden.

(3) Mit der Ausbildung darf nur betraut werden, wer über die erforderlichen Fähigkeiten und Kenntnisse verfügt und nach seiner Persönlichkeit geeignet ist. Zur oder zum hauptamtlich Lehrenden im Rahmen der Ausbildung kann nur bestellt werden, wer hierfür fachlich und pädagogisch geeignet ist. Der Nachweis der fachlichen Eignung gilt als erbracht, wenn sich die oder der Lehrende in einer mindestens vierjährigen für die Lehraufgabe förderlichen beruflichen Tätigkeit bewährt hat. Der Nachweis der pädagogischen Eignung soll durch erfolgreiche Teilnahme an einer pädagogischen Fortbildungsveranstaltung erbracht werden, die eine Erprobung in der Wahrnehmung der Lehrtätigkeit umfasst. Weitergehende Vorschriften über die Berufung von Lehrenden an Fachhochschulen bleiben unberührt.“

4. § 22 wird wie folgt gefasst:

„§ 22

Vorbereitungsdienst

Der Vorbereitungsdienst dauert mindestens zwei Jahre. Er vermittelt durch eine fachpraktische Ausbildungsphase und den Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ (Public Administration – Police Management) an der Deutschen Hochschule der Polizei die für die Laufbahn erforderlichen berufspraktischen Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten.“

5. Nach § 22 wird folgender § 22a eingefügt:

„§ 22a

Ausbildung, Prüfungen, Lehrende

(1) Für den Masterstudiengang gelten die Regelungen zu Noten und Prüfungen der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ (Public Administration – Police Management) an der Deutschen Hochschule der Polizei vom 10. Oktober 2006 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 2007, S. 58).

(2) Mit der Ausbildung darf nur betraut werden, wer über die erforderlichen fachlichen, berufspraktischen und pädagogischen Fähigkeiten und Kenntnisse verfügt und nach seiner Persönlichkeit hierfür geeignet ist. Die Wahrnehmung von Lehraufgaben kann durch bestellte hauptamtlich Lehrende sowie Lehrbeauftragte erfolgen. Der Nachweis der fachlichen und berufspraktischen Eignung gilt als er-

bracht, wenn sich die oder der Lehrende in einer mindestens vierjährigen für die Lehraufgabe förderlichen beruflichen Tätigkeit bewährt hat. Der Nachweis der pädagogischen Eignung kann durch erfolgreiche Teilnahme an einer hochschuldidaktischen Fortbildungsveranstaltung sowie einer anknüpfenden Lehrprobe erbracht werden. Weitergehende Vorschriften über die Berufung von Lehrenden an Hochschulen bleiben unberührt."

6. § 23 wird wie folgt gefasst:

„§ 23

Laufbahnprüfung,
Wiederholung von Prüfungsleistungen

(1) Der Vorbereitungsdienst schließt mit der Laufbahnprüfung ab. Laufbahnprüfung ist die Masterprüfung nach der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement" (Public Administration – Police Management) an der Deutschen Hochschule der Polizei vom 10. Oktober 2006.

(2) Die Wiederholung von Prüfungsleistungen richtet sich nach § 10 der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement" (Public Administration – Police Management) an der Deutschen Hochschule der Polizei vom 10. Oktober 2006."

7. § 24 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 2 werden nach den Wörtern „mündlichen Teil" die Wörter „sowie einer körperlichen Tauglichkeitsprüfung" gestrichen.

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Auswahlkommission besteht aus einer Beamtin oder einem Beamten des höheren Dienstes als Vorsitzender oder Vorsitzendem und vier Beamtinnen oder Beamten des höheren Dienstes als Beisitzenden."

bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Von den Beisitzenden müssen mindestens zwei die Befähigung für den Kriminaldienst besitzen."

cc) Im neuen Satz 3 wird das Wort „Sie" durch die Wörter „Die Auswahlkommission" ersetzt.

8. § 25 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „40." durch die Angabe „45." ersetzt.

b) Nach Absatz 2 Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Laufbahnprüfung ist die Masterprüfung nach der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement" (Public Administration – Police Management) an der Deutschen Hochschule der Polizei vom 10. Oktober 2006."

c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Die Wiederholung von Prüfungsleistungen richtet sich nach den Vorschriften der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement" (Public Administration – Police Management) an der Deutschen Hochschule der Polizei vom 10. Oktober 2006."

9. In § 26 Abs. 1 Nr. 1 wird die Angabe „40." durch die Angabe „45." ersetzt.

10. § 33 wird wie folgt gefasst:

„§ 33

Übergangsvorschrift

(1) Auf Beamtinnen und Beamte, die bis zum 1. Oktober 2006 in den höheren Kriminaldienst des Bundes eingestellt oder zum Ausbildungsaufstieg nach § 25 zugelassen worden sind, sind die Vorschriften dieser Verordnung vom 20. April 2004 (BGBl. I S. 682) in der bis zum 29. September 2007 geltenden Fassung anzuwenden.

(2) Auf Beamtinnen und Beamte, die bis zum 1. Oktober 2007 zum Praxisaufstieg nach § 26 zugelassen worden sind, sind die Vorschriften dieser Verordnung vom 20. April 2004 (BGBl. I S. 682) in der bis zum 29. September 2007 geltenden Fassung anzuwenden."

Artikel 2

Das Bundesministerium des Innern kann den Wortlaut der Kriminal-Laufbahnverordnung in der vom Inkrafttreten dieser Verordnung an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 30. September 2007 in Kraft.

Berlin, den 21. Juli 2008

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Innern
Schäuble

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Laufbahn, Ausbildung und Prüfung für den höheren Kriminaldienst des Bundes

Vom 21. Juli 2008

Auf Grund des § 3 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b und Abs. 2 Satz 2 des Bundespolizeibeamtengesetzes in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom 3. Juni 1976 (BGBl. I S. 1357), der durch Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666) neu gefasst worden ist, verordnet das Bundesministerium des Innern:

Artikel 1

Die Verordnung über die Laufbahn, Ausbildung und Prüfung für den höheren Kriminaldienst des Bundes vom 3. September 2001 (BGBl. I S. 2342), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 20 des Gesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
   a) Nach der Angabe zu § 8 wird folgende Angabe eingefügt:
      „Kapitel 2
      Ausbildung und Prüfung“.
   b) Die Angabe zu § 9 wird wie folgt gefasst:
      „§ 9 Dauer und Gliederung des Vorbereitungsdienstes“.
   c) Nach der Angabe zu § 10 wird die Angabe „Kapitel 2 Ausbildung“ gestrichen.
   d) Die Angabe zu § 11 wird wie folgt gefasst:
      „§ 11 Fachpraktische Ausbildung“.
   e) Die Angabe zu § 12 wird wie folgt gefasst:
      „§ 12 Leitung der fachpraktischen Ausbildung“.
   f) Die Angabe zu § 13 wird wie folgt gefasst:
      „§ 13 Bewertungen während der fachpraktischen Ausbildung“.
   g) Die Angabe zu § 14 wird wie folgt gefasst:
      „§ 14 Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ (Public Administration – Police Management)“.
   h) Die Angabe zu § 15 wird wie folgt gefasst:
      „§ 15 Laufbahnprüfung“.
   i) Nach der Angabe zu § 15 wird die Angabe „Abschnitt 3 Aufstieg“ gestrichen.
   j) Die Angabe zu § 16 wird wie folgt gefasst:
      „§ 16 Rechtsstellung nach bestandener Prüfung“.
   k) Nach der Angabe zu § 16 wird folgende Angabe eingefügt:
      „Abschnitt 3
      Aufstieg“.
   l) Die Angabe zu § 19 wird wie folgt gefasst:
      „§ 19 (weggefallen)“.
   m) Die Angabe zu § 20 wird wie folgt gefasst:
      „§ 20 (weggefallen)“.
   n) Die Angabe zu § 21 wird wie folgt gefasst:
      „§ 21 (weggefallen)“.
   o) Die Angabe zu § 22 wird wie folgt gefasst:
      „§ 22 (weggefallen)“.
   p) Die Angabe zu § 23 wird wie folgt gefasst:
      „§ 23 (weggefallen)“.
   q) Die Angabe zu § 24 wird wie folgt gefasst:
      „§ 24 (weggefallen)“.
   r) Die Angabe zu § 25 wird wie folgt gefasst:
      „§ 25 (weggefallen)“.
   s) Die Angabe zu § 26 wird wie folgt gefasst:
      „§ 26 (weggefallen)“.
   t) Die Angabe zu § 27 wird wie folgt gefasst:
      „§ 27 (weggefallen)“.
   u) Die Angabe zu § 28 wird wie folgt gefasst:
      „§ 28 (weggefallen)“.
   v) Die Angabe zu § 29 wird wie folgt gefasst:
      „§ 29 (weggefallen)“.
   w) Die Angabe zu § 29a wird wie folgt gefasst:
      „§ 29a Übergangsvorschrift“.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 5 werden die Wörter „berufspraktischen Kenntnisse und“ gestrichen.
      bb) Satz 6 wird wie folgt gefasst:
      „Die Beamtinnen und Beamten sollen Kenntnisse der internationalen und interkulturellen Polizeiarbeit erwerben.“
   b) In Absatz 2 wird das Wort „Studienzeit“ durch das Wort „Ausbildungsphase“ ersetzt.
3. § 3 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „Verkürzung oder“ gestrichen.
   b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 1 wird die Angabe „Polizei-Führungsakademie Münster-Hiltrup“ durch die Wörter „Deutsche Hochschule der Polizei“ ersetzt.
      bb) In Satz 2 wird die Angabe „Polizeiführungsakademie Münster-Hiltrup“ durch die Wörter „Deutschen Hochschule der Polizei“ ersetzt.
   c) In Absatz 3 wird die Angabe „Polizei-Führungsakademie Münster-Hiltrup“ durch die Wörter „Deutschen Hochschule der Polizei“ ersetzt.

4. § 6 Abs. 5 wird wie folgt geändert:

   a) In Satz 1 wird nach dem Wort „Beisitzenden“ das Komma durch einen Punkt ersetzt und der nachfolgende Satzteil gestrichen.

   b) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

   „Von den Beisitzenden müssen mindestens zwei die Befähigung für den Kriminaldienst besitzen.“

5. § 7 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

   a) Nummer 4 wird aufgehoben.

   b) Die bisherige Nummer 5 wird die Nummer 4.

6. In § 8 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „Polizei-Führungsakademie Münster-Hiltrup“ durch die Wörter „Deutschen Hochschule der Polizei“ ersetzt.

7. Nach § 8 wird folgende Angabe eingefügt:

   „Kapitel 2

   Ausbildung und Prüfung“.

8. § 9 wird wie folgt geändert:

   a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

   „§ 9

   Dauer und Gliederung des Vorbereitungsdienstes“.

   b) In Absatz 1 wird die Angabe „zwei Jahre“ durch die Angabe „28 Monate“ ersetzt.

   c) Die Absätze 2 und 3 werden wie folgt gefasst:

   „(2) Der Vorbereitungsdienst gliedert sich in folgende Ausbildungsabschnitte:

   1. Fachpraktische Ausbildungsphase beim Bundeskriminalamt und bei einer Kriminalpolizeidienststelle eines Bundeslandes 4 Monate,

   2. Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ (Public Administration – Police Management) an der Deutschen Hochschule der Polizei 24 Monate.

   (3) Wird die fachpraktische Ausbildungsphase wegen Krankheit oder aus anderen zwingenden Gründen unterbrochen, können Ausbildungsabschnitte verlängert und Abweichungen vom Ausbildungsplan zugelassen werden, um eine zielgerechte Fortsetzung des Vorbereitungsdienstes zu ermöglichen. Für Unterbrechungen des Masterstudiengangs gelten die Vorschriften der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ (Public Administration – Police Management) an der Deutschen Hochschule der Polizei vom 10. Oktober 2006 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 2007, S. 58).“

   d) In Absatz 4 werden die Wörter „bei Verkürzung von Ausbildungsabschnitten“ gestrichen.

   e) In Absatz 5 wird die Angabe „§ 28“ durch die Angabe „der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ (Public Administration – Police Management) an der Deutschen Hochschule der Polizei vom 10. Oktober 2006“ ersetzt.

9. Dem § 10 wird folgender Satz angefügt:

   „Bei der Inanspruchnahme sind die Erfordernisse des Studiengangs zu berücksichtigen.“

10. Nach § 10 wird die Angabe „Kapitel 2 Ausbildung“ gestrichen.

11. Die §§ 11 bis 15 werden wie folgt gefasst:

„§ 11

Fachpraktische Ausbildung

(1) Zu Beginn der fachpraktischen Ausbildungsphase ist für jede Anwärterin und jeden Anwärter ein Ausbildungsplan zu erstellen, aus dem sich die Sachgebiete ergeben, in denen die Anwärterinnen und Anwärter ausgebildet werden. Die Anwärterinnen und Anwärter erhalten eine Ausfertigung.

(2) In den einzelnen Abschnitten sollen die Anwärterinnen und Anwärter die polizeilichen Aufgaben der Ausbildungsstelle kennen lernen. Dabei sollen sie vor allem an Aufgaben mitarbeiten, die sie zu selbständigem Denken anregen, sie in ihren praktisch-methodischen Fähigkeiten fördern und sie auf ihre künftige Verwendung im höheren Kriminaldienst vorbereiten.

(3) Während der fachpraktischen Ausbildungsphase soll den Anwärterinnen und Anwärtern auch ein Einblick in die Arbeit der Schutzpolizei, einer Staatsanwaltschaft und von Ordnungsbehörden gegeben werden.

(4) Die Anwärterinnen und Anwärter haben an der Einsatzausbildung/Praktische Eigensicherung und an der Waffen- und Schießausbildung teilzunehmen.

§ 12

Leitung der fachpraktischen Ausbildung

In jeder Behörde, der Anwärterinnen und Anwärter zur Ausbildung zugewiesen werden, werden eine Beamtin oder ein Beamter als Ausbildungskoordinatorin oder Ausbildungskoordinator sowie je eine Beamtin oder ein Beamter als Ausbilderin oder Ausbilder der zugeordneten Sachgebiete bestimmt, die für die ordnungsgemäße Durchführung der Ausbildung in dieser Behörde verantwortlich sind.

§ 13

Bewertungen während der fachpraktischen Ausbildung

(1) Die Anwärterinnen und Anwärter sind am Ende jedes Abschnitts der fachpraktischen Ausbildungsphase zu bewerten. Auf ihre Eignung für eine spätere Verwendung im höheren Kriminaldienst soll die schriftliche Schlussbewertung eingehen.

(2) Die Bewertung nach Absatz 1 ist den Anwärterinnen und Anwärtern zu eröffnen und mit ihnen zu besprechen. Sie erhalten eine Ausfertigung der Bewertung und können schriftlich Stellung dazu nehmen.

(3) Das Bundeskriminalamt erhält eine Ausfertigung der Bewertung der jeweiligen Kriminalpolizeidienststelle eines Bundeslandes.

§ 14

Masterstudiengang
„Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“
(Public Administration – Police Management)

Aufbau und Inhalte des Masterstudiengangs richten sich nach der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ (Public Administration – Police Management) an der Deutschen Hochschule der Polizei vom 10. Oktober 2006. Das erste Studienjahr wird im Bundeskriminalamt durchgeführt.

§ 15

Laufbahnprüfung

Laufbahnprüfung ist die Masterprüfung nach der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ (Public Administration – Police Management) an der Deutschen Hochschule der Polizei vom 10. Oktober 2006.“

12. Nach § 15 wird die Angabe „Abschnitt 3 Aufstieg“ gestrichen.

13. § 16 wird wie folgt gefasst:

„§ 16

Rechtsstellung
nach bestandener Prüfung

(1) Nach Ablauf des Vorbereitungsdienstes und bestandener Laufbahnprüfung werden Anwärterinnen zu Kriminalrätinnen zur Anstellung und Anwärter zu Kriminalräten zur Anstellung im Beamtenverhältnis auf Probe ernannt.

(2) Nach Erwerb der Befähigung für die Laufbahn des höheren Kriminaldienstes wird den Aufstiegsbeamtinnen und Aufstiegsbeamten im Rahmen der besetzbaren Planstellen ein Amt der neuen Laufbahn verliehen.“

14. Nach § 16 wird folgende Angabe eingefügt:

„Abschnitt 3

Aufstieg“.

15. In § 17 wird die Angabe „§§ 2, 9, 11 bis 15 und 19 bis 29a“ durch die Angabe „§§ 2 und 9 bis 15“ ersetzt.

16. Die §§ 19 bis 29 werden aufgehoben.

17. § 29a wird wie folgt gefasst:

„§ 29a

Übergangsvorschrift

(1) Auf Beamtinnen und Beamte, die bis zum 1. Oktober 2006 eingestellt oder zum Ausbildungsaufstieg nach § 25 der Kriminal-Laufbahnverordnung in der bis zum 29. September 2007 geltenden Fassung zugelassen worden sind, sind die Vorschriften dieser Verordnung vom 3. September 2001 (BGBl. I S. 2342), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 20 des Gesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122), in der bis zum 29. September 2007 geltenden Fassung mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Begriff „Polizei-Führungsakademie Münster-Hiltrup“ mit dem Begriff „Deutsche Hochschule der Polizei“ gleichzusetzen ist.

(2) Auf Beamtinnen und Beamte, die bis zum 1. Oktober 2007 zum Praxisaufstieg nach § 26 der Kriminal-Laufbahnverordnung in der bis zum 29. September 2007 geltenden Fassung zugelassen worden sind, sind die Vorschriften dieser Verordnung vom 3. September 2001 (BGBl. I S. 2342), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 20 des Gesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122), in der bis zum 29. September 2007 geltenden Fassung mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Begriff „Polizei-Führungsakademie Münster-Hiltrup“ mit dem Begriff „Deutsche Hochschule der Polizei“ gleichzusetzen ist.

(3) Auf Beamtinnen und Beamte, die zum 1. Oktober 2007 eingestellt oder zum Ausbildungsaufstieg zugelassen worden sind, ist § 9 Abs. 2 Nr. 1 nicht anzuwenden.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 30. September 2007 in Kraft.

Berlin, den 21. Juli 2008

Der Bundesminister des Innern
Schäuble

Erste Verordnung zur Änderung der Mauthöheverordnung (1. ÄndVMautHV)

Vom 21. Juli 2008

Auf Grund des § 3 Abs. 2 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 3 des Autobahnmautgesetzes für schwere Nutzfahrzeuge in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3122) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

§ 1 der Mauthöheverordnung vom 24. Juni 2003 (BGBl. I S. 1001), die durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. August 2007 (BGBl. I S. 1958) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „30. September 2008“ durch die Angabe „30. Juni 2009“ ersetzt.
2. Absatz 2 wird wie folgt geändert:
   a) In Satz 1 werden die Wörter „bis zu“ gestrichen.
   b) In Satz 2 wird die Angabe „30. September 2008“ durch die Angabe „30. Juni 2009“ ersetzt.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung kann den Wortlaut der Mauthöheverordnung in der vom Inkrafttreten dieser Verordnung an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 2008 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 21. Juli 2008

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
W. Tiefensee

Der Bundesminister der Finanzen
Peer Steinbrück

Zweite Verordnung zur Änderung der Chemikalien-Verbotsverordnung

Vom 21. Juli 2008

Auf Grund des § 17 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c des Chemikaliengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 2008 (BGBl. I S. 1146) verordnet die Bundesregierung nach Anhörung der beteiligten Kreise:

Artikel 1

Änderung der Chemikalien-Verbotsverordnung

Die Chemikalien-Verbotsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juni 2003 (BGBl. I S. 867), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Mai 2008 (BGBl. I S. 922), wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) Satz 1 Nr. 1 wird wie folgt gefasst:

      „1. der Abgebende die Identität (Name und Anschrift) des Erwerbers und, falls der Erwerber eine andere Person zur Abholung beauftragt hat (Abholender), deren Identität bei gleichzeitiger Vorlage der Auftragsbestätigung, aus der Verwendungszweck und Identität des Erwerbers hervorgehen, festgestellt hat,“.

      bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:

      „Satz 1 Nr. 1 bis 3 gilt auch für die Abgabe von nicht nach der Gefahrstoffverordnung mit dem Gefahrensymbol O (brandfördernd) zu kennzeichnenden Wasserstoffperoxidlösungen (CAS-Nummer 7722-84-1) mit einem Massengehalt von mehr als 12 Prozent und den nicht mit dem Gefahrensymbol O (brandfördernd) zu kennzeichnenden ammoniumnitrathaltigen Zubereitungen, die einer der in Anhang III Nr. 6 der Gefahrstoffverordnung genannten Gruppen A oder E oder den Untergruppen B I, C I, D III oder D IV zugeordnet werden können.“

      cc) Nach dem neuen Satz 3 wird folgender Satz 4 eingefügt:

      „Abweichend von Satz 3 ist eine Identitätsfeststellung nach Satz 1 Nr. 1 erforderlich bei der Abgabe von

      1. Ammoniumnitrat (CAS-Nummer 6484-52-2) und den in Satz 2 genannten ammoniumnitrathaltigen Zubereitungen,
      2. Kaliumchlorat (CAS-Nummer 3811-04-9),
      3. Kaliumnitrat (CAS-Nummer 7757-79-1),
      4. Kaliumperchlorat (CAS-Nummer 7778-74-7),
      5. Kaliumpermanganat (CAS-Nummer 7722-64-7),
      6. Natriumchlorat (CAS-Nummer 7775-09-9),
      7. Natriumnitrat (CAS-Nummer 7631-99-4),
      8. Natriumperchlorat (CAS-Nummer 7601-89-0),
      9. Wasserstoffperoxidlösungen mit einem Massengehalt von mehr als 12 Prozent (CAS-Nummer 7722-84-1).“

      dd) Nach dem neuen Satz 5 wird folgender Satz 6 angefügt:

      „Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht für die Abgabe von pyrotechnischen Gegenständen im Sinne des § 4 Abs. 2 der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1991 (BGBl. I S. 169), die zuletzt durch Artikel 390 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist.“

   b) Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

      „Satz 1 gilt nicht

      1. für die in Absatz 1 Satz 2 genannten Stoffe und Zubereitungen sowie
      2. für Hersteller, Einführer und Händler, soweit sie die Stoffe und Zubereitungen an Wiederverkäufer, berufsmäßige Verwender oder öffentliche Forschungs-, Untersuchungs- oder Lehranstalten abgeben und mit der Abgabe Personen beauftragen, die zuverlässig sind, das 18. Lebensjahr vollendet haben und mindestens jährlich über die zu beachtenden Vorschriften belehrt werden; die Belehrung ist schriftlich zu bestätigen.“

   c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

      aa) In Satz 1 werden nach der Angabe „§ 2 Abs. 1“ die Wörter „und § 3 Abs. 1 Satz 4“ eingefügt.

      bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Erwerber“ die Wörter „oder, wenn er diese nicht selbst in Empfang nimmt, vom Abholenden“ eingefügt.

      cc) In Satz 3 wird das Wort „drei“ durch das Wort „fünf“ ersetzt.

   d) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

      aa) In Satz 1 wird das Wort „nur“ gestrichen und das Wort „drei“ durch das Wort „fünf“ ersetzt.

      bb) Satz 3 wird wie folgt geändert:

      aaa) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

      „1. Gase im Sinne der Klasse 2 nach Unterabschnitt 2.2.2.1 Anlage A des Europäischen Übereinkommens vom 30. September 1957 über die

internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. August 2007 (BGBl. 2007 II S. 1399), sofern sie nach der Gefahrstoffverordnung mit dem Gefahrensymbol F+ (hochentzündlich) oder O (brandfördernd) zu kennzeichnen sind,“.

bbb) In Nummer 2 wird das Wort „sowie“ gestrichen.

2. § 4 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 3 Abs. 1 Satz 1 und 3“ durch die Angabe „§ 3 Abs. 1 Satz 1, 2 und 5“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird nach der Angabe „§ 2 Abs. 1“ die Angabe „und § 3 Abs. 1 Satz 4“ eingefügt.

bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Abgabe“ die Wörter „von Stoffen und Zubereitungen nach § 2 Abs. 1“ eingefügt.

3. § 7 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Nr. 1 wird wie folgt gefasst:

„1. entgegen § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, auch in Verbindung mit Satz 2 oder Satz 4, entgegen § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder Nr. 3, jeweils auch in Verbindung mit Satz 2, oder entgegen § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 einen Stoff oder eine Zubereitung abgibt,“.

b) In Absatz 3 wird das Wort „drei“ durch das Wort „fünf“ ersetzt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 26. Juli 2008 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 21. Juli 2008

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Sigmar Gabriel

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juni 2008 – 2 BvL 6/07 – wird die Entscheidungsformel veröffentlicht:

§ 85 Absatz 4 Satz 2 des Gesetzes über die Versorgung der Beamten und Richter in Bund und Ländern (Beamtenversorgungsgesetz – BeamtVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1999 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 322) ist mit Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes unvereinbar und nichtig, soweit hierdurch die Anwendbarkeit des § 14 Absatz 1 Satz 1 Halbsätze 2 und 3 des Gesetzes über die Versorgung der Beamten und Richter in Bund und Ländern (Beamtenversorgungsgesetz – BeamtVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1989 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 1282) auf die Teilzeitbeschäftigung angeordnet wird.

Die vorstehende Entscheidungsformel hat gemäß § 31 Abs. 2 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes Gesetzeskraft.

Berlin, den 18. Juli 2008

Die Bundesministerin der Justiz
In Vertretung
Diwell

Hinweis auf das Bundesgesetzblatt Teil II

Nr. 18, ausgegeben am 15. Juli 2008

Tag	Inhalt	Seite
10. 7. 2008	**Gesetz zu dem Beschluss des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften** . . . . . GESTA: XD014	726
4. 6. 2008	Bekanntmachung der deutsch-mexikanischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	732
9. 6. 2008	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls über die obligatorische Beilegung von Streitigkeiten zu dem Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen	735
12. 6. 2008	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Kaffee-Übereinkommens	735
12. 6. 2008	Bekanntmachung zu dem Übereinkommen über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen	736
23. 6. 2008	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an die Unternehmen „NES Government Services, Inc.“ und „Serco, Inc.“ (Nr. DOCPER-TC-26-02, DOCPER-TC-05-05)	737
23. 6. 2008	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Logistics Management Institute (LMI)“ (Nr. DOCPER-AS-67-01)	741
23. 6. 2008	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Booz Allen Hamilton, Inc.“ (Nr. DOCPER-AS-39-08) . . .	744
23. 6. 2008	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an die Unternehmen „Computer Sciences Corporation“ und „Science Applications International Corporation“ (Nr. DOCPER-AS-22-05, DOCPER-AS-11-27)	747
25. 6. 2008	Bekanntmachung des Zweiten Zusatzabkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Weltraumorganisation zu dem Abkommen vom 8. September 1967 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation über das Europäische Operationszentrum für Weltraumforschung	750
30. 6. 2008	Berichtigung der Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen	756

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

	Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABl. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite	vom
10. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 519/2008 der Kommission zur Genehmigung geringfügiger Änderungen der Spezifikation einer im Verzeichnis der geschützten Ursprungsbezeichnungen und geschützten geografischen Angaben eingetragenen Bezeichnung (Volailles de Loué (g.g.A.))	L 151/27	11. 6. 2008
9. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 520/2008 der Kommission über ein Fangverbot für Grenadierfisch in den ICES-Gebieten Vb, VI und VII (Gemeinschaftsgewässer und Gewässer außerhalb der Hoheit oder der Gerichtsbarkeit von Drittländern) durch Schiffe unter der Flagge Spaniens	L 151/31	11. 6. 2008
30. 5. 2008	Verordnung (EG) Nr. 521/2008 des Rates zur Gründung des Gemeinsamen Unternehmens „Brennstoffzellen und Wasserstoff“ (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 153/1	12. 6. 2008
11. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 523/2008 der Kommission zur Änderung der Anhänge VIII, X und XI der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Einfuhr von Blutprodukten zur Herstellung technischer Erzeugnisse (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 153/23	12. 6. 2008
11. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 524/2008 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1623/2000 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 des Rates hinsichtlich der Frist für die Verwendung des zugeschlagenen Weinalkohols für neue industrielle Verwendungen	L 153/33	12. 6. 2008
12. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 530/2008 der Kommission über Sofortmaßnahmen für Ringwadenfischer, die im Atlantik östlich von 45° W und im Mittelmeer Fischerei auf Roten Thun betreiben	L 155/9	13. 6. 2008
13. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 535/2008 der Kommission mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 708/2007 des Rates über die Verwendung nicht heimischer und gebietsfremder Arten in der Aquakultur	L 156/6	14. 6. 2008
13. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 536/2008 der Kommission mit Durchführungsvorschriften für Artikel 6 Absatz 3 und Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 782/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Verbot zinnorganischer Verbindungen auf Schiffen und zur Änderung dieser Verordnung	L 156/10	14. 6. 2008
13. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 537/2008 der Kommission über ein Fangverbot für Seelachs in den norwegischen Gewässern der Gebiete I und II durch Schiffe unter der Flagge Portugals	L 156/12	14. 6. 2008
29. 5. 2008	Verordnung (EG) Nr. 538/2008 des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1386/2007 mit Bestandserhaltungs- und Kontrollmaßnahmen für den Regelungsbereich der Organisation für die Fischerei im Nordwestatlantik	L 157/1	17. 6. 2008
16. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 540/2008 der Kommission zur Änderung der Zeugnisformulare in Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 336/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Umsetzung des Internationalen Codes für Maßnahmen zur Organisation eines sicheren Schiffsbetriebs innerhalb der Gemeinschaft	L 157/15	17. 6. 2008

	Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABl. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite	vom
16. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 541/2008 der Kommission zur Anpassung bestimmter Fangquoten für 2008 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 847/96 des Rates zur Festlegung zusätzlicher Bestimmungen für die jahresübergreifende Verwaltung der TAC und Quoten	L 157/23	17. 6. 2008
16. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 542/2008 der Kommission zur Änderung der Anhänge I und II der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 des Rates zur Schaffung eines Gemeinschaftsverfahrens für die Festsetzung von Höchstmengen für Tierarzneimittelrückstände in Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs hinsichtlich Cyfluthrin und Lectin aus Gartenbohnen *(Phaseolus vulgaris)* (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 157/43	17. 6. 2008
16. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 543/2008 der Kommission mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch	L 157/46	17. 6. 2008
13. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 544/2008 der Kommission über ein Fangverbot für Schwarzen Heilbutt in den EG-Gewässern der Gebiete IIa und IV sowie den EG- und den internationalen Gewässern des Gebietes VI durch Schiffe unter der Flagge Spaniens	L 157/88	17. 6. 2008
17. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 552/2008 der Kommission zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2430/1999, (EG) Nr. 2380/2001 und (EG) Nr. 1289/2004 hinsichtlich der Zulassungsbedingungen für bestimmte Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 158/3	18. 6. 2008
17. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 553/2008 der Kommission zur Änderung von Anhang VII der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 158/5	18. 6. 2008
17. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 554/2008 der Kommission zur Zulassung von 6-Phytase (Quantum Phytase) als Futtermittelzusatzstoff (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 158/14	18. 6. 2008
16. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 556/2008 des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2505/96 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Gemeinschaftszollkontingente für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren	L 160/1	19. 6. 2008
18. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 565/2008 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1881/2006 zur Festsetzung der Höchstgehalte für bestimmte Kontaminanten in Lebensmitteln hinsichtlich der Festsetzung eines Höchstgehalts für Dioxine und PCB in Fischleber (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 160/20	19. 6. 2008
18. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 566/2008 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates in Bezug auf die Vermarktung von Fleisch von bis zu zwölf Monaten alten Rindern	L 160/22	19. 6. 2008
17. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 567/2008 der Kommission über ein Fangverbot für Seelachs in den ICES-Gebieten IIIa und IV sowie in den EG-Gewässern der Gebiete IIa, IIIb, IIIc und IIId für Schiffe unter der Flagge Schwedens	L 160/26	19. 6. 2008
12. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 569/2008 des Rates zur Änderung der Verordnung Nr. 11 über die Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen gemäß Artikel 79 Absatz 3 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	L 161/1	20. 6. 2008

	Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABl. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite	vom
19. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 571/2008 der Kommission zur Änderung des Anhangs III der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Kriterien für die Überprüfung der jährlichen BSE-Überwachungsprogramme (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 161/4	20. 6. 2008
19. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 572/2008 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1238/95 hinsichtlich der Höhe und der Zahlungsweise der Jahresgebühr und der Gebühren für technische Prüfungen, die an das Gemeinschaftliche Sortenamt zu entrichten sind	L 161/7	20. 6. 2008
18 . 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 579/2008 der Kommission über ein Fangverbot für Kabeljau im Skagerrak durch Schiffe unter der Flagge Schwedens	L 161/23	20. 6. 2008
18. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 580/2008 der Kommission zur sechsundneunzigsten Änderung der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 des Rates über die Anwendung bestimmter spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen, die mit Osama bin Laden, dem Al-Qaida-Netzwerk und den Taliban in Verbindung stehen	L 161/25	20. 6. 2008
–	Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 553/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008 zur Änderung von Anhang VII der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (ABl. Nr. L 158 vom 18. 6. 2008)	L 161/49	20. 6. 2008
20. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 584/2008 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf das Gemeinschaftsziel zur Senkung der Prävalenz von *Salmonella Enteritidis* und *Salmonella Typhimurium* bei Puten (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 162/3	21. 6. 2008
19. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 585/2008 der Kommission über ein Fangverbot für Kabeljau im Kattegat für Schiffe unter der Flagge Schwedens	L 162/9	21. 6. 2008
16. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 587/2008 des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 866/2004 über eine Regelung nach Artikel 2 des Protokolls Nr. 10 zur Beitrittsakte in Bezug auf Regeln für den Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr über die grüne Linie in Zypern	L 163/1	24. 6. 2008
23. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 589/2008 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Eier	L 163/6	24. 6. 2008
23. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 590/2008 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1580/2007 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EG) Nr. 2200/96, (EG) Nr. 2201/96 und (EG) Nr. 1182/2007 des Rates im Sektor Obst und Gemüse und zur Abweichung von dieser Verordnung	L 163/24	24. 6. 2008
23. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 591/2008 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 712/2007 zur Eröffnung von Dauerausschreibungen zum Wiederverkauf von Getreide aus Beständen der Interventionsstellen der Mitgliedstaaten auf dem Gemeinschaftsmarkt	L 163/28	24. 6. 2008
16. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 595/2008 des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1255/96 zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte gewerbliche und landwirtschaftliche Waren sowie Fischereierzeugnisse	L 164/1	25. 6. 2008
24. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 597/2008 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 372/2007 zur Festlegung vorläufiger Migrationsgrenzwerte für Weichmacher in Deckeldichtungen, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 164/12	25. 6. 2008

	Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABl. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite	vom
24. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 598/2008 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 589/2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichlich der Vermarktungsnormen für Eier	L 164/14	25. 6. 2008
24. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 599/2008 der Kommission zur Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 412/2008 zur Eröffnung und Verwaltung eines Einfuhrzollkontingents für zur Verarbeitung bestimmtes gefrorenes Rindfleisch	L 164/16	25. 6. 2008
–	Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 1214/2007 der Kommission vom 20. September 2007 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. Nr. L 286 vom 31. 10. 2007)	L 164/46	25. 6. 2008
25. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 601/2008 der Kommission über Schutzmaßnahmen, die für bestimmte, aus Gabun eingeführte und für den menschlichen Verzehr bestimmte Fischereierzeugnisse gelten (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 165/3	26. 6. 2008
20. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 605/2008 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zu den Vorschriften für die Kontrollbescheinigung für Einfuhren aus Drittländern gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel (kodifizierte Fassung) (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 166/3	27. 6. 2008
26. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 606/2008 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 831/2002 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken – Regelung des Zugangs zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 166/16	27. 6. 2008
26. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 607/2008 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 318/2007 zur Festlegung der Veterinärbedingungen für die Einfuhr bestimmter Vogelarten in die Gemeinschaft sowie der dafür geltenden Quarantänebedingungen (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 166/18	27. 6. 2008
26. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 608/2008 der Kommission zur zeitweiligen Aussetzung der Einfuhrzölle auf bestimmte Getreidesorten im Wirtschaftsjahr 2008/09	L 166/19	27. 6. 2008
26. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 614/2008 der Kommission über ein Fangverbot für Lumb in den norwegischen Gewässern des Gebietes IV durch Schiffe unter der Flagge des Vereinigten Königreichs	L 166/29	27. 6. 2008
23. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 615/2008 des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1405/2006 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der kleineren Inseln des Ägäischen Meeres und der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe	L 168/1	28. 6. 2008
27. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 617/2008 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Bruteier und Küken von Hausgeflügel	L 168/5	28. 6. 2008
27. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 618/2008 der Kommission zur Anpassung der Mengen der Lieferverpflichtungen für die Einfuhr von Rohrzucker gemäß dem AKP-Protokoll und dem Abkommen mit Indien im Lieferzeitraum 2007/08	L 168/17	28. 6. 2008
27. 6. 2008	Verordnung (EG) Nr. 619/2008 der Kommission zur Eröffnung einer Dauerausschreibung für Ausfuhrerstattungen für bestimmte Milcherzeugnisse	L 168/20	28. 6. 2008

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36
E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de
Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,10 € (4,20 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,70 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1095

Bundesanzeiger Verlagsges.mbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 114-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

	Datum und Bezeichnung der Verordnung	Bundesanzeiger Seite	(Nr.	vom)	Tag des Inkrafttretens
4. 7. 2008	Zweihundertvierzigste Durchführungsverordnung des Luftfahrt-Bundesamts zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Sichtflugregeln zum und vom Flughafen Memmingen/Allgäu) FNA: neu: 96-1-2-240	2549	(105	16. 7. 2008)	17. 7. 2008
4. 7. 2008	Achtzehnte Verordnung des Luftfahrt-Bundesamts zur Änderung der Hundertsechzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Instrumentenflugregeln zum und vom Verkehrslandeplatz Augsburg) FNA: 96-1-2-160	2577	(106	17. 7. 2008)	18. 7. 2008
4. 7. 2008	Sechsundzwanzigste Verordnung des Luftfahrt-Bundesamts zur Änderung der Zweihunderteinundzwanzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Meldepunkten, Streckenführungen und Reiseflughöhen für Flüge nach Instrumentenflugregeln im kontrollierten Luftraum innerhalb der Bundesrepublik Deutschland) FNA: 96-1-2-221	2577	(106	17. 7. 2008)	s. Artikel 2